MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1919

55 (3.2.1919) Mittags-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-183691

Montag, 3. Februar. Mittags-Ausgabe. 1919. — Nr. 55.

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Hauptschriftleitung: Dr. Fritz Goldenbaum. Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum, für Feuilleton: Hans Gälgen, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schönfelder, für Handel: Franz Kircher, für Anzeigen: Anton Grieser. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., sämtlich in Mannheim. Drahtanschr.: General-Anzeiger Mannheim. Postscheck-Konto Nr. 2917 Ludwigshafen a. Rhein. — Fernsprecher: Amt Mannheim Nr. 7040 7046.

Anzeigenpreise: Die 12spalt. Kolonelzeile für den hiesigen Bezirk 40 Pf., für auswärts 50 Pf., Finanz-Anzeigen 65 Pf., Reklamen M 3.50. Annahmeschluß: Mittagblatt vormittags 9½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M 2.— mit Bringerlohn. Postbezug: Vierteljährlich M 6.42 einschl. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeholt M 5.70. Einzel-Nr. 10 Pfg.

Für deutschen Kolonialbesitz.

Brockdorff-Rantzau gegen die Legitimierung der Gewalt.

Berlin, 2. Februar. (WB.) Der Staatssekretär des Aeußern von Brockdorff-Rantzau äußerte sich gegenüber dem hiesigen Vertreter der „Chicagoer Daily News" zu der Frage der deutschen Kolonien wie folgt:

„In diesen Tagen wird in Paris über die deutschen Kolonien verhandelt. Unsere Feinde sind damit beschäftigt, die deutschen Kolonien, deren sie sich unter Bruch internationaler Verträge und unter Preisgabe wesentlicher Interessen der weißen Rasse bemächtigt haben, untereinander zu verteilen. Ein allerdings unbeglaubigtes Reutertelegramm meldet sogar, daß Präsident Wilson die australische Regierung aufgefordert habe, die Rechtsgründe für die Besetzung der deutschen Kolonien in der Südsee darzulegen. Deutschland kann nicht zugestehen, daß über sein Eigentum ohne seine Zustimmung verfügt wird. Rechtsgründe für den Raub, der an ihm begangen wurde, erkennt es nicht an. Es verlangt bei der Neuordnung der Herrschaft der weißen Rasse über die tropischen Gebiete und bei der Verteilung ihrer Ergebnisse zugelassen zu werden. Der fünfte der 14 Punkte Wilsons bezeichnet als Aufgabe des Weltfriedens eine freie weitherzige und unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, bei der die Interessen der eingeborenen Bevölkerung gleiches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch auf koloniale Souveränität festgestellt werden soll. Während der Pariser Beratungen hat der Präsident sodann, wenn die Berichte zutreffend sind, den Grundsatz vertreten, daß die Kolonien unter eine internationale Kontrolle gestellt werden sollen.

Deutschland hat bei der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen die 14 Punkte anerkannt. Auch die Entente hat diese Punkte, insbesondere den fünften, ohne jede Einschränkung angenommen. Deutschland geht davon aus, daß der Grundsatz der internationalen Kontrolle auf die Kolonien aller Mächte des europäischen Kulturkreises Anwendung findet. Zwar versucht England durch ein verleumderisches Blaubuch die deutsche Kolonialherrschaft als unerträglich hinzustellen. Dieser Versuch muß jedoch schon an dem Zeugnis scheitern, daß die ersten Geister Englands über die kolonisatorischen Sünden ihres eigenen Volkes abgefaßt haben. Wir Deutschen sind entfernt davon, leugnen zu wollen, daß in dem knappen Menschenalter, seitdem Deutschland Kolonialpolitik betreibt, Mißgriffe vorgekommen sind. Wir behaupten nur, daß sie nicht entfernt an die Verheerungen heranreichen, die andere kolonisierende Nationen am Anfange ihrer Tätigkeit verursacht haben. Wir können uns auf eine große Anzahl von Zeugnissen fremder Besucher berufen, die bis kurz vor Ausbruch des Weltkrieges die deutsche Verwaltung in den Schutzgebieten gerühmt und als Muster hingestellt haben.

Das deutsche Volk hat die Befähigung zur kolonisatorischen Arbeit in Asien und Afrika erbracht. Jedenfalls hat es, wie jedes andere große Volk Anspruch auf Teilnahme an den Erträgnissen der tropischen Zone und an der Bewirtschaftung der Gebiete, auf denen sie gewonnen werden. Es würde auch für den Fall, daß sämtliche tropischen Kolonien unter internationale Kontrolle gestellt werden sollte, eine angemessene territoriale Beteiligung an der Verwaltung des gesamten tropischen Kolonialgebietes verlangen, wenn Frankreich, England und Belgien nach den Zeitungsberichten über den Gang der Pariser Verhandlungen den Plan verfolgen, die deutschen Kolonien unter sich zu verteilen, so entfernen sie sich damit von den Grundsätzen, auf denen der Völkerbund im Sinne der Wilsonschen Botschaft errichtet werden kann.

Ganz abgesehen von dem Bruch der Kongoakte würde die Uebereignung der deutschen Kolonien an die Erbberer die Legitimierung der Gewalt bedeuten, gegen die die Entente angeblich Krieg führt. Es liegt nicht im Interesse der Völkergemeinschaft, daß England bei jedem europäischen Kriege, an dem es teilnimmt, Kolonialbesitz einheimst, wie ihm dies seit 200 Jahren regelmäßig gelungen ist. Es liegt nicht im Interesse der Völkergemeinschaft, daß Frankreich seinen Kolonialbesitz, dem es schon jetzt wirtschafts- und bevölkerungspolitisch nicht mehr gewachsen ist, immer weiter ausdehnt, um ihn seinen Finanzleuten durch künstliche Absperrung der übrigen Nationen ausschließlich vorzubehalten.

Wenn Frankreich Kamerun und Togo erwirbt, sodaß die französische und belgische Regierung gemeinsam fast ganz Mittelafrika beherrschen, so wird es wohl um die Betätigung anderer Völker in diesen reichen Gebieten tropischer Produktion, wie um die Eingeborenen des Gebietes schlecht bestellt sein.

Die natürliche Entwicklung Mittelafrikas drängt zur Internationalisierung. Es ist anzunehmen, daß die einzige große Kolonie der afrikanischen Rasse, der sogenannte schwarze Gürtel von Nordamerika künftig in immer engere Beziehungen zu dem Mutterlande treten wird. Die kulturellen Fortschritte, die die afrikanische Rasse unter dem Einfluß der großen Republik des Westens gemacht hat, werden ihre Rückwirkung auf das Mutterland ausüben und die amerikanischen Einflüsse, die sich vor dem Kriege im wesentlichen auf ganz Liberia beschränken, werden ganz Westafrika ergreifen. Einem aufmerksamen Beobachter konnte es nicht entgehen, in welch starkem Maße die Beziehungen des nördlichen Amerikas zu dem westlichen Afrika sich während des Krieges verdichtet haben. Amerikanischer Handel und amerikanische Schiffahrt haben den Platz besetzt, der infolge der kriegerischen Inanspruchnahme europäischer Nationen offen geblieben war.

Es ist nicht einzusehen, daß deshalb Afrika unter europäische Mächte territorial aufgeteilt werden soll, die keinen anderen Erwerbstitel als die völkerrechtswidrige Eroberung für sich geltend machen können, während andere Nationen an der Entschließung des zu verteilenden Gebietes mindestens das gleiche Interesse haben, wie sie.

Ein besonders gehässiger Charakter würde der Teilung des Raubes unter Deutschlands Gegnern dadurch aufgedrückt, daß diese während des Krieges mit unverantwortlicher Schroffheit gegen die deutschen Missionen vorgegangen sind, die sich anerkanntermaßen seit Anfang der Kolonisierung Afrikas große Verdienste um die Hebung der Eingeborenen erworben haben. So bereitwillig Deutschland die Verdienste der französischen weißen Väter in Nordafrika anerkennt, so entschieden muß es verlangen, daß seine Gegner dem Wirken seiner Missionen im Osten und Westen des Kontinents Gerechtigkeit widerfahren lassen. Außer den europäischen Kriegsparteien sind an der Missionierung Afrikas auch andere Nationen beteiligt. Sie werden darauf bedacht sein müssen, daß nicht eine schroffe Nationalisierung durch das afrikanische Gebiet und durch Aufteilung ihrer kapitalistischen Ausbeutungsbezirke die Zukunft der christlichen Mission und das freie Nebeneinanderleben ihrer Glieder gefährdet wird.

Nicht das ist das Ziel der deutschen Kolonialpolitik, daß alle Kolonien tropischen Charakters unmittelbar unter eine internationale Regierungsgewalt gestellt werden; vielmehr erscheint uns eine angemessene Zuteilung der kolonialen Gebiete an einzelne Nationen zur Verwaltung unter eigener Verantwortung als die bessere Lösung.

Ueber die Verwaltung der einzelnen Staaten muß aber die Kontrollinstanz des Völkerbundes stehen, die dem starken Ausbeutungsinteresse des Mutterlandes das Menschheitsinteresse der wohlwollenden Behandlung der eingeborenen Bevölkerung gegenüberstellt."

Protest gegen Entente-Raubabsichten.

⊡ **Berlin**, 3. Febr. (Von uns. Berl. Büro.) Zu einer machtvollen Protestkundgebung gegen die Raubabsichten der Entente auf unsere Kolonien hatten sich am Sonntag Tausende deutscher Männer und Frauen auf Einladung der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Reichsverbandes der Kolonien Deutschlands, des Frauenvereins vom Roten Kreuz für die Kolonien, des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft und der Vertreter der evangelischen und katholischen Missionen in der „Philharmonie" zusammengefunden.

Als erster Redner sprach Staatssekretär Erzberger. Er führte u. a. aus: „Die Regelung der Kolonialfragen im Sinne des fünften Punktes des Wilsonschen Programms müssen wir fordern, wenn nicht eine dauernde Gefahr für den Völkerbund, für den Weltfrieden heraufbeschworen werden soll. Ein Deutschland aller Kolonien beraubt, trägt den Keim des Todes für den Völkerbund in sich."

Der nächste Redner war Staatssekretär Dr. Dernburg. Er unterstrich die Verdienste, die sich Deutschland auf dem Gebiet der örtlichen Forschung, der Missionen und der Gerechtigkeitspflege erworben hat. Verdienste, die selbst ein Deutschenfresser vom Schlage des Lord Milner habe anerkennen müssen. Die Interessen der Eingeborenen seien durch die Rückgabe der Kolonien an Deutschland ebenso gut gewahrt, wie durch ihre Internationalisierung.

Das Schlußwort sprach Direktor Hupfeld, der eine Entschließung in Vorschlag brachte, in der die Rückgabe unserer Kolonien als unser gutes Recht gefordert und zum Ausdruck gebracht wird, daß wir sie durch unanfechtbare Rechtstitel erworben und wirtschaftlich die Interessen der Eingeborenen wahrgenommen haben. Ihr Besitz ist für uns kein Luxus, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Wir haben einen moralischen Anspruch, an der weltgeschichtlichen Aufgabe der Kolonisierung mitzuwirken. Der Ausschluß Deutschlands würde einen Bruch der Friedensgrundlage und eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bedeuten.

Unter sturmischen Zustimmungskundgebungen wurde die Entschließung einstimmig angenommen.

Das Feilschen um die deutschen Kolonien.

≈ **Paris**, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Australien beharrt weiter in seiner Opposition in der Kolonialfrage, indem es den Besitz von Neu-Guinea als Lebensfrage erklärt. Nach dem Temps telegraphierte der australische Eisenbahnminister an den australischen Minister Hughes: Die öffentliche Meinung Australiens sei gegen die internationale Kontrolle über die deutschen Kolonien im Stillen Ozean.

Merkwürdig wird heute die krebsende Stellungnahme Japans und der Vereinigten Staaten in der Kolonialfrage empfunden. Japan scheint seine Ansprüche auf die deutschen Kolonien aufzugeben bzw. der Internationalisierung zuzustimmen, da man Japan freie Hand in China zugesteht. Die Annahme des Wilsonschen Grundsatzes bezüglich der Internationalisierung der deutschen Kolonien wird vor allem der vermittelnden Haltung Lloyd Georges zugeschrieben, der Stellung gegen die Forderungen Japans, Australiens und Südafrikas nahm. Frankreich ist mit der internationalen Lösung nicht zufrieden, da der Vertrag hinsichtlich der Aufteilung Syriens hinfällig ist.

Die Friedenskonferenz.

Beteiligung der französischen Arbeiter an der Friedenskonferenz.

≈ **Paris**, 3. Febr. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Nach langem Sträuben hat sich Clemenceau gezwungen gesehen, auch die französischen Arbeiter bei der Friedenskonferenz zu Worte kommen zu lassen. Ich erfahre soeben, daß Jouhaux, der Sekretär des über 3 Millionen Mitglieder zählenden französischen allgemeinen Gewerkschaftsverbandes an den Arbeiten der Friedenskonferenz als technischer Beirat des Ministers für nationalen Wiederaufbaues teilnehmen wird.

Die erste Sitzung der Kommission für internationale Arbeitergesetzgebung fand gestern morgen statt. Gompers wurde als Präsident des Büros gewählt. Die Teilnahme Jouhaux' an der Konferenz macht im alliierten Arbeiterbund großen Eindruck. Die Vereinigung der Alliierten für den Völkerbund, — nicht zu verwechseln mit der von der Friedenskonferenz gewählten Kommission für den Völkerbund, die noch nicht zusammentrat, — arbeitete in ihren Sitzungen vom 20. Januar bis 1. Februar einen Entwurf über Zweck und Mittel der künftigen Gesellschaft freier Nationen aus. Die Rüstungen der einzelnen Nationen besonders der früheren Zentralstaaten sollen streng überwacht werden und nur jene Völker sollen in den Bund aufgenommen werden, die wirkliche Garantien für ihre Loyalität geben können.

Auch die amerikanischen Arbeiterdelegierten nahmen nicht an der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern teil, weil Gompers nicht mit den Deutschen an einem Tische zusammensitzen will, sondern mit den Deutschen erst wieder nach Friedensschluß zu verkehren wünscht.

Feierlicher und lauter Einspruch gegen die Loslösung des linken Rheinufers.

m. **Köln**, 3. Februar. (Priv.-Tel.) Im Rathaus tagte unter dem Vorsitz des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer eine Versammlung von Abgeordneten der deutschen und preußischen Nationalversammlung und den Bürgermeistern aus dem besetzten rheinischen Gebiete. Oberbürgermeister Adenauer entwickelte, wie die Internationale Telegraphen-Agentur meldet, in längerem Vortrage die Größe der Annektionsgefahr für die linksrheinischen Gebiete und erörterte die Bestrebungen auf die Errichtung einer westdeutschen Republik im Rahmen des deutschen Reiches. Nach eingehenden Beratungen der Fraktionen und eines interfraktionellen Ausschusses wurde folgender Beschluß angenommen:

Wir unterzeichneten Vertreter des rheinischen Volkes im besetzten preußischen Gebiete erheben lauten und feierlichen Einspruch gegen die in der Auslandspresse hervortretenden Bestrebungen auf Loslösung des linken Rheinufers oder einzelner Teile von Deutschland.

Wir stützen uns auf das in der ganzen Welt anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker und verlangen, mit unseren Stammesgenossen im Deutschen Reiche vereint zu bleiben. Da die Teilung Preußens ernstlich erwogen wird, beantragen wir den von uns gewählten Ausschuß, die weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer westdeutschen Republik im Verbande des deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung.

Der Ausschuß besteht aus Oberbürgermeister Adenauer als Vorsitzenden und aus den Abgeordneten Haas-Trier, Heß-Ahrweiler, Schittmann-Köln, Trimborn-Unkel, Meerfeld-Köln, Sollmann-Köln, Falk-Köln und Beidtmann-Aachen.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Entschließungen über Elsaß-Lothringen und Polen.

⊡ **Berlin**, 3. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Zu den Arbeiten der Internationale in Bern wird dem Vorwärts gemeldet: Die Entschließung über Elsaß-Lothringen lautet: „Die deutsche Sozialdemokratie weist die Entscheidung über die zukünftige staatliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens dem freien Entschluß seiner Bevölkerung zu, die beim Ausbruch des Krieges im Lande ansässig war. Sie will die friedlichen Beziehungen zu dem französischen Volke zu dauernden gestalten unter Garantien, die der zu errichtende Völkerbund für die unbeeinflußte Entscheidung der elsaß-lothringischen Bevölkerung schaffen mag."

Die Entschließung über Polen lautet: „Bei der Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, der nach Punkt 13 des Wilsonschen Programms die Landesteile mit einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung umfassen soll, muß die Feststellung der Grenzlinien zwischen dem zukünftigen polnischen Reiche und Deutschland durch die Abstimmung der Bevölkerung in den sprachlich und national gemischten Gebieten erfolgen. Die Grenzlinien des deutschen Volkes erfordern es, daß eine Absperrung der von Deutschen bevölkerten Teile der Provinzen Ost- und Westpreußen vom Deutschen Reich und Zuweisung eines zur Ostsee führenden Landstreifens an das polnische Reich verhindert wird. Der Weichselstrom bietet dem polnischen Reiche mit einem Freihafen unter der Kontrolle des Völkerbundes einen gesicherten und zuverlässigen Zugang zum Meere."

Keine Schweizer Beteiligung.

✱ **Bern**, 3. Febr. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Der Sozialistenparteitag der Schweiz nahm mit 238 gegen 147 Stimmen einen Antrag an, der sich gegen die Beteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten am internationalen Sozialistenkongreß aussprach. Der Parteipräsident Müller erklärte darauf seine Demission als Parteipräsident.

Heimatlose.

Von einem ausgewiesenen Elsaß-Lothringer.

Das deutsche Volk zeigt, — so will es uns ausgewiesenen Elsaß-Lothringern scheinen —, noch wenig Verständnis für das, was in den letzten Wochen im Reichslande sich vollzogen hat und sich noch abspielt. Selbst schwerleidend an den Wunden, die der unselige Krieg ihm geschlagen, durch die innere Unordnung, die Arbeitslosigkeit in den Großstädten und die Ernährungsschwierigkeiten, wird der Blick abgezogen von

MARCHIVUM

dieser erschütternden Tragik des Grenzlandes.

Die Deutschen und ihre Kinder hatten, in ihrer großen Mehrzahl, seit 1871 in Elsaß-Lothringen vieles um ihres Deutschtums willen erdulden und ertragen müssen; die Leiden jedoch, die ihnen nach den Schrecken der 4½ Kriegsjahre — seit der Annexion des Landes durch die Franzosen — aufgebürdet werden, gleichen einem Martyrium. Geknechtet bedrückt und entrechtet von einem übermütigen, erbitterten Sieger (der sogar die anfangs der 70er Jahre in Elsaß-Lothringen Geborenen und die dort Aufgewachsenen als feindliche Ausländer betrachtet und behandelt), verhöhnt und verachtet von den Eingeborenen, mit welchen sie jahrzehntelang wirkten und arbeiteten, mit denen sie die Kriegsleiden teilten, von Allen verlassen, vom deutschen Vaterlande abgeschnitten, leben die Deutschen in Furcht und banger Sorge ihre Tage.

Und was erwartet die des Landes Verwiesenen, die nach oft Wochen langem Schmachten im Gefängnis über den Rhein gebracht, deutschen Boden betreten? Werden die ihres Eigentums, ihres Vermögens beraubten, von ihrer Familie Losgerissenen, denen man an den französischen Kontrollstellen bei peinlichen Leibesvisitationen nicht selten sogar ihre Barschaft bis auf Weniges genommen, und die daher beinahe mittellos auf deutschem Boden landen, mit warmem Herzen und offenen Armen empfangen?

Nein!

Wohl waltete in Kehl ein Flüchtlingsausschuß und vermittelte den Flüchtlingen Freifahrtscheine nach ihrem Reiseziel, gab auch den völlig Mittellosen ein Zehrgeld.

Aber wie wird weiter für sie gesorgt?

Nirgends sind Mittel vorhanden, weder der „Ausschuß für vertriebene Elsaß-Lothringer" in Freiburg i. B., noch der „Hilfsbund für Elsaß-Lothringen" in Berlin, verfügen über solche. In Mannheim ist es dem rührigen und verdienten Auslandspfarrer, Herrn Weitstein, gelungen, durch freiwillige Spenden die ehemalige „Herberge zur Heimat" auf ein Jahr zu mieten und den vertriebenen Auslandsdeutschen ein bescheidenes Heim zu bieten, in dem, so weit Platz vorhanden, auch flüchtige Elsaß-Lothringer Aufnahme finden. Sonst aber sind diese, falls sie nicht bei vermögenden Verwandten oder Freunden Aufnahme finden, bitterer Not ausgesetzt und auf die Armenfürsorge oder die Arbeitslosenunterstützung angewiesen.

Ist nun eine solche Unterstützung der vertriebenen Elsaß-Lothringer würdig und ihrer unverschuldeten Notlage angepaßt?

Die bis jetzt des Landes Verwiesenen stellen durchweg den besten Teil des deutschen Elements dar. Neben den politischen Beamten, den Hochschulprofessoren und den sonstigen höheren Beamten, sind in der Hauptsache Industrielle, gutsituierte Kaufleute und Gewerbetreibende von der Ausweisung betroffen worden, alles Personen, die vermöge ihrer persönlichen Tüchtigkeit, einflußreich und vermögend, z. T. auch in ehrenamtlichen Stellen tätig waren, den Eingeborenen als erfolgreiche Konkurrenten lästig fielen, den Franzosen aber als gut Deutschgesinnte für ihre Französierungsbestrebungen gefährlich erschienen. Und für diese Opfer einer brutalen Eroberungspolitik, die um ihres Deutschtums willen so viel gelitten, hat das alte Vaterland nichts übrig als ein Almosen!!

Man versuche sich nur einmal in die Lage dieser, von Heimat, Haus und Hof, von Weib und Kind, Vertriebenen hineinzudenken, die ihre Familien inmitten einer aufgestachelten, fanatisierten Bevölkerung, unter französischer Willkürherrschaft, zurücklassen mußten, die mit einigen Trümmern ihrer Habe deutschen Boden erreichten, und man wird fühlen, wie beschämend, wie erniedrigend es für diese Vertriebenen sein muß, Armen- und Arbeitslosen-Unterstützung nach manchem „Gang nach Golgatha" entgegenzunehmen, wo sie doch ein Anrecht haben auf eine ganz anders geartete Fürsorge.

Vor Allem müssen die vertriebenen, um Hab und Gut gebrachten Elsaß-Lothringer darauf bestehen, als Kriegsgeschädigte den Kriegsbeschädigten gleichgestellt zu werden. Das deutsche Reich aber hat trotz seiner schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage eine Ehrenpflicht: Mittel bereitzustellen und Wege zu suchen, damit die erste Not in würdiger Weise beseitigt wird und diesen Kriegsgeschädigten die Hand zur Gründung einer neuen Existenz zu reichen. Je eher dies geschieht, desto besser, denn wohl in keinem anderen Falle ist das Sprichwort: „Wer rasch hilft, hilft doppelt", mehr gegeben, als hier.

Die Vorgänge in Bremen.

⊡ Berlin, 3. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Nach einer Besprechung mit den Vertretern des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats faßte gestern in elfter Abendstunde, wie der Lokalanzeiger hört, die Regierung nachstehenden Beschluß: Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des Montags eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmverhältnisses bei der Nationalwahl. Die Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen, die sie der Division Gerstenberg überliefert. Werden diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, so wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen.

Engerer Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden.

B.P.C. Karlsruhe, 2. Februar.

Der Engere Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden war am Samstagnachmittag hier zu seiner ersten Sitzung versammelt.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch einen umfassenden Bericht des Abgeordneten Hummel über die derzeitige politische Lage. Der Redner ging aus von dem Ergebnis der Wahlen zur badischen und deutschen Nationalversammlung, das er als für die Demokratie sehr befriedigend bezeichnete. In der badischen Nationalversammlung ist die demokratische Fraktion mit ihren 25 Mitgliedern ausschlaggebend; sie hat es in der Hand, eine Mehrheit nach rechts oder nach links zu bilden. Das ist der erfreuliche Erfolg der ersten Wahlen für die neue Partei gewesen. Dann schilderte der Referent die vielen Schwierigkeiten, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung von der vorläufigen Volksregierung zu überwinden waren. Jetzt haben sich die Verhältnisse einigermaßen gefestigt, aber es darf nicht vergessen werden, daß wir uns immer noch in einer Revolution befinden. Der Redner befaßte sich dann mit der Stellung der Deutschen Demokratischen Partei zu den übrigen Parteien. Die Deutsche Demokratische Partei müsse die Trennungslinie sowohl nach links wie nach rechts scharf betonen und im übrigen eine entschieden demokratische Politik machen, dann werde ihr das Vertrauen der Wähler auch weiterhin erhalten bleiben. Auf dieser Grundlage arbeite die Fraktion der Deutschen Demokratischen Fraktion in der badischen Nationalversammlung einig und geschlossen zusammen. Schon jetzt sei in den meisten Fällen nicht mehr zu bemerken, daß sich die Fraktion aus Angehörigen zweier früher selbständigen Parteien zusammensetze. Wie draußen im Lande, habe sich der Zusammenschluß zur Deutschen Demokratischen Partei auch für die parlamentarische Arbeit durchaus bewährt.

Der Redner ging dann noch kurz auf die Lage im Reich ein und betonte den Ernst der Stunde angesichts der fortgesetzten Vergewaltigung des deutschen Volkes durch seine Feinde. Immer und immer wieder müsse unser Volk hiergegen protestieren. Unter lebhafter Zustimmung empfiehlt der Redner nachstehende Resolution:

„Der Engere Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der feierlichen Protesterklärung der badischen Nationalversammlung und der vorläufigen Volksregierung gegen die unerhörte Vergewaltigung des deutschen Volkes durch seine Feinde. Durch die willkürliche, in den ursprünglichen Waffenstillstands-Bedingungen nicht vorgesehene Besetzung badischen Gebiets hat der Feind dem badischen Volke eine neue Schmach angetan und unser Wirtschaftsleben schwer gefährdet. Die badische Demokratie erhebt schärfsten Einspruch gegen dieses Vorgehen, das in schreiendem Widerspruch steht zu dem von den Feinden verkündeten Grundsätzen der Menschlichkeit und zu den 14 Punkten des Präsidenten Wilson. Dieser Protest richtet sich auch gegen die unmenschlichen, völkerrechtswidrigen Ausweisungen reichsdeutscher Staatsbürger aus dem vom Feind besetzten Gebiet, insbesondere aus Elsaß-Lothringen und gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen und ihre schmähliche Behandlung insbesondere durch die Franzosen. Vom badischen, wie vom gesamten deutschen Volke erfordert die Zeit, daß es durch treue, opferwillige Arbeit und Pflichterfüllung die schwere nationale Not überwindet und dadurch dazu beiträgt, Ansehen und Würde des deutschen Namens in der Welt wiederherzustellen."

Die Aussprache über das mit starkem Beifall aufgenommene Referat war sehr eingehend und angeregt. Von allen Rednern wurde die grundsätzliche Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Berichterstatters betont. Verschiedene Angehörige der früheren nationalliberalen Partei warnten vor der sogenannten Deutschen Volkspartei, die eine überflüssige und schädliche Zersplitterung bedeute. In der jetzigen Zeit sei Einigkeit des gesamten freiheitlichen Bürgertums nötiger denn je. In der Frage der Doppelmandate herrschte Einigkeit darüber, daß die endgültige Lösung aufgeschoben werden müsse, bis sich die Verhältnisse geklärt haben; auch die grundsätzlichen Gegner von Doppelmandaten stellten sich auf diesen Standpunkt. Demnach werden die Minister Haas und Dietrich vorläufig ihre Ministerämter und Mandate behalten.

Schließlich wurde die oben erwähnte Resolution einstimmig angenommen.

Hierauf erstattete Abg. Dr. Glockner Bericht über die Stellung der demokratischen Fraktion zu den Aufgaben der badischen Nationalversammlung. Der Redner verbreitete sich eingehend über die wichtigsten Punkte des Entwurfs zur badischen Verfassung und legte die Stellungnahme der Fraktion dar. Seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen lösten eine längere Diskussion aus. Sie förderte eine Fülle von wertvollen Anregungen zutage, die der Fraktion als Material überwiesen wurden. Folgende, aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Der heute in Karlsruhe versammelte Engere Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden billigt die Haltung der Partei in der Nationalversammlung, sowie die bisherige Tätigkeit der demokratischen Mitglieder der vorläufigen Volksregierung Dr. Haas und Dietrich und des Vollzugsausschusses der Partei und spricht der Fraktion, den demokratischen Ministern und dem Vollzugsausschuß Dank und rückhaltloses Vertrauen aus."

Die übrigen Punkte der Tagesordnung, die organisatorische Fragen betrafen, konnten der vorgerückten Zeit wegen nicht mehr erledigt werden. Zu ihrer Behandlung hat sich eine weitere Sitzung des Engeren Ausschusses als notwendig erwiesen, die voraussichtlich Samstag, 22. Februar stattfinden wird. Bei dieser Gelegenheit sollen dann auch die inzwischen aufgelaufenen politischen Fragen besprochen werden.

Zum Schlusse der in allen Teilen harmonisch verlaufenen Sitzung gab der Vorsitzende bekannt, daß die erste Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Baden am 29. und 30. März in Karlsruhe abgehalten werden soll.

Für die Betätigung des freien Handels.

B.C. Karlsruhe, 2. Februar.

Der Badische Handelstag, dem die badischen Handelskammern angehören, die Börse und zahlreiche Verbände des Groß-, Kleinhandels- und Vertretergewerbes Badens hatten in dem Eintrachtssaale heute eine sehr stark besuchte Versammlung einberufen, die zur Wiederbeschäftigung des Handels Stellung nehmen sollte. Erschienen waren hierzu u. a. die Minister Dietrich, Dr. Haas und Trunk, Ministerialdirektor Wiener, Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider, Bürgermeister Dr. Horstmann und Oberbürgermeister Habermehl-Pforzheim.

Den Vorsitz führte der Präsident der Mannheimer Handelskammer, Geh. Kommerzienrat Engelhard, der die Erschienenen begrüßte und den Zweck der Versammlung darlegte. Nach seinen Ausführungen gehört der Handel zu den Erwerbszweigen, die am meisten während des Krieges gelitten haben, zunächst durch den Seekrieg, dann durch die Zwangswirtschaft. Die Absichten der Zwangswirtschaft, die Waren restlos zu erfassen und die Preise niedrig zu halten, sind nicht geglückt. Auch unter der Zwangswirtschaft ist tüchtiges geleistet worden und unser Vaterland ist über manche Not und Gefahr gekommen. Der Hauptfehler war, daß man zu viel erfassen wollte und daß man die Reglementierung auf fast alles ausgedehnt hat. Mißlich war es noch, daß die Reglementierung sich auf die notwendigsten Dinge erstrecken mußten, auf die Bekleidung und Ernährung. Unter dem System gedieh der Schleichhandel, an dem sich fast die ganze Bevölkerung beteiligte. Gegen den Schleichhandel ist mit allen Mitteln vorgegangen worden, aber kein Mittel hat genützt. Es bleibt nichts übrig, als seine Ursache zu beseitigen, den Abbau der Zwangswirtschaft und Rückkehr zum freien Handel. Wenn der Handel mehr als bisher gehört werden will, muß er mehr Solidarität zeigen und sich straffer organisieren. Weiter muß der Handel mehr teilnehmen an der Politik. Wenn der Friede geschlossen ist, müssen auch die letzten Reste der Fesseln fallen, die dem Handel angelegt sind. Dann wird der Handel in der Lage sein, für billigere Preise der Waren zu sorgen. (Beifall.) — Präsident der Handelskammer Karlsruhe und Baden, Kommerzienrat Gisell, begrüßte die Versammlung für die Handelskammer und sprach als Vertreter des Verbands der Lebensmittelgroßhändler.

Minister Dietrich führte aus: Für mich zerfällt das Problem, das heute besprochen wird, in zwei Teile: in die Wiedereinsetzung des Handels im Verkehre mit dem Auslande und im Verkehre mit dem Inlande. Unsere Ergebnisse im Handel mit dem Auslande während des Krieges waren sehr schlecht und ich bin der Ueberzeugung, daß die Zwangsorganisationen, wie die Z. E. G., bankerott gemacht haben. (Lebhafter Beifall.) Der Handel muß im Auslande verkaufen, um einkaufen zu können. Dabei kann man dem Handel nicht blind freie Bahn geben. Bestimmte Gegenstände, die wir nicht brauchen, wie Luxuswaren, sollen nicht eingeführt werden. Dinge, die wir nicht notwendig haben, soll der Handel ausführen; bei der Ausfuhr sind also die umgekehrten Maßnahmen notwendig, wie bei der Einfuhr. Bei der Zwangswirtschaft sind wir zu weit gegangen, aber heute hebt der Schleichhandel die Zwangswirtschaft auf. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt wird man nicht dazu kommen, daß man das Zwangswirtschaftssystem sofort aufhebt, man wird sie abbauen und zuerst wird dies auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung geschehen müssen. Unsere Lage im Auslandshandel ist schwer, besonders deshalb, weil wir wenig Auslandsguthaben haben. Die Entente soll, wie es heißt, die Absicht haben, unsere Guthaben im Auslande zu beschlagnahmen. Es müßte natürlich nach Möglichkeit verhindert werden. Der Schleichhandel im Inlande soll dadurch bekämpft werden, daß der legitime Handel an seine Stelle gesetzt wird. (Lebhafter Beifall.)

Minister Dr. Haas erklärte: Die im Kriege entstandene Zwangswirtschaft soll so schnell und so gründlich wie möglich abgebaut werden. Dabei muß man sich klar sein, daß in einem gewissen Umfange einzelne Teile der Zwangswirtschaft noch einige Zeit bestehen müssen. Aber nur das darf weiter bestehen, was unerläßlich notwendig ist. Die wirtschaftliche Blüte Deutschlands vor dem Kriege beruhte auf der Tüchtigkeit des deutschen Kaufmannes und eine neue Zukunft wird man nicht schaffen, wenn wir denen, die arbeiten wollen, Fesseln anlegen. Die großen Fragen werden zwar nicht bei uns in Baden gelöst, aber das kann ich Ihnen sagen: Die badische Regierung hat den Willen zu helfen, wo sie helfen kann. (Lebhafter Beifall.)

Minister für Ernährungswesen Trunk: Vor den Beamten, die in Baden die Ernährungsfragen bearbeitet haben, muß man Respekt haben. Mit der Allmacht des Staates ist es aber nichts, der Staat wird dem einzelnen Stand weitesten Spielraum lassen. Die badische Regierung ist auch der Auffassung, daß sobald als möglich die Zwangsorganisation aufgehoben werden soll. Es wurde beraten, wann mit dem Abbau begonnen werden kann. Zu einem großen Resultate ist man nicht gekommen. Die Beratung hat ergeben, daß man nicht nur bei Brot und Kartoffeln, sondern auch bei Eiern, bei Fett, Milch und Öbst die öffentliche Bewirtschaftung noch nicht aufheben kann (Widerspruch), denn man muß bei diesen Fragen auch die Interessen der Verbraucher berücksichtigen. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft per sofort kann also nicht in Aussicht genommen werden. Wenn wir eine Einfuhr von Lebensmitteln erhalten, soll eine neue Organisation geschaffen werden. (Zurufe: Frei!) Das neutrale Ausland wird eine Freigabe des Handels nicht zugeben. An dem Einfuhrhandel soll der Großhandel beteiligt werden. Bei der Verteilung von Heeresgut soll der Handel auch beteiligt werden. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer lebhaften Aussprache wurden auf Antrag des Handelskammersyndikus Dr. Blaustein-Mannheim zwei Entschließungen angenommen. In der einen wird die Wiedereinsetzung des Handels in seine Rechte verlangt, die Beteiligung bei der Einfuhr, die Uebertragung der Warenverteilung, die Hinzuziehung von kaufmännischen Beratern zu den Maßnahmen der Regierungsstellen, Ersatz der Zwangswirtschaft durch Selbstverwaltung. Die zweite Entschließung protestiert gegen die unerträglichen Waffenstillstandsbedingungen der Entente und ihre fortgesetzte Verschärfung, die Hemmungen des Verkehrs, die Auslieferung der Handelsflotte, die Abtrennung deutschen Gebietes und verlangt die schleunigste Freigabe der Kriegsgefangenen und ausreichenden Kolonialbesitz.

Aus dem Parteileben.

Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat die Wahlen zum Zentralvorstande der Partei ausgeschrieben und beabsichtigt, den Zentralvorstand Ende Februar oder Anfang März nach Eisenach zu einer konstituierenden Sitzung einzuberufen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Schwierigkeiten in Spa.

Berlin, 2. Februar. (WB.) In den Verhandlungen der Finanzkommission in Spa haben sich gewisse Schwierigkeiten ergeben. Daraufhin hat die deutsche Regierung den Vertretern der Entente in Spa folgende Note überreichen lassen:

Die deutsche Regierung muß aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen der Finanzkommission in Spa immer mehr den Eindruck gewinnen, daß die alliierten Mächte darauf ausgehen, Deutschland bei dieser Gelegenheit zur Annahme von Forderungen zu zwingen, die nicht nur mit dem Wortlaute und Geist der Bestimmungen des Waffenstillstands unvereinbar sind, sondern mit dem Zweck des Waffenstillstands überhaupt in keinerlei Zusammenhang mehr stehen und somit nur von dem Bestreben diktiert sein können, in wichtigen Punkten einer gerechten Regelung im Friedensvertrag durch ungerechte Waffenstillstandsbedingungen vorzugreifen. Die alliierten Vertreter in Spa sind in den Verhandlungen mit Forderungen hervorgetreten, die den Boden aller bisherigen Waffenstillstandsabmachungen völlig verlassen. Sie verlangen, daß die deutsche Regierung in kürzester Frist alle während des Krieges in Deutschland unter Zwangsverwaltung gestellten feindlichen Vermögenswerte herausgibt und wollen eine Diskussion nicht mehr über dieses Verlangen, sondern nur über die Art und Weise seiner Durchführung zulassen. Es soll hier unerwähnt bleiben, daß alle während des Krieges getroffenen Maßnahmen gegen das in Deutschland befindliche feindliche Privateigentum lediglich Vergeltungsmaßnahmen gegen das vorausgegangene völkerrechtswidrige Verfahren seiner Gegner darstellt.

Es soll vor allem nur die Tatsache in das rechte Licht gerückt werden, daß sich gegenüber den deutscherseits mit Beschlag belegten feindlichen Vermögenswerten weit erheblichere deutsche Vermögenswerte in den Händen der Gegner befinden, daß aber gleichwohl die feindlichen Vermögenswerte jetzt bedingungslos herausgegeben werden sollen, während das Schicksal der deutschen Vermögenswerte in voller Ungewißheit verbleibt. Daß ein solches Ansinnen in den getroffenen Vereinbarungen keinerlei Stütze findet, sollte keines Beweises bedürfen.

Tatsächlich ist die Behandlung des Privateigentums der beiderseitigen Staatsangehörigen während des Krieges eine Frage, die ihrer ganzen Natur nach den Friedensabmachungen vorbehalten bleiben muß und schon im Hinblick auf den erwiesenen Charakter nicht Gegenstand der Verhandlungen der Waffenstillstandskommission sein kann. Bestehen die Alliierten darauf, die Frage der Behandlung des Privateigentums ihrer Angehörigen in Deutschland schon jetzt vorwiegend zu behandeln, so könnte sich die deutsche Regierung damit nur unter der Bedingung einverstanden erklären, daß für diese Frage eine von der Waffenstillstandskommission völlig getrennte Sonderkommission eingesetzt wird, und daß diese Verhandlungen nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit geführt werden. Entsprechend den von Deutschland und seinen Gegnern vor Abschluß des Waffenstillstandes als Friedensgrundlage gleichmäßig anerkannten Grundsätzen des Präsidenten Wilson. Diese Kommission würde alsdann nichts weiter sein, als ein Teil der Friedenskonferenz, sodaß der Gang ihrer Verhandlungen für die Fragen des Waffenstillstandes ohne jede Bedeutung wäre.

Berlin, 2. Febr. (W. B.) Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa von 1. 2.

Die französische Kommission teilte mit, daß der Abtransport der internierten Deutschen aus der Türkei und der deutschen Truppen aus Südrußland auf dem Seewege begonnen habe. Weitere Einzelheiten werden später bekanntgegeben. Bezüglich der alliierten Lebensmitteltransporte nach Polen über Danzig ließ Marschall Foch versichern, daß das von Deutschland hierfür zur Verfügung gestellte rollende Eisenbahnmaterial sofort zurückgegeben werde.

Zu dem Protest der deutschen Regierung gegen die Handhabung der alliierten Zensur in den besetzten Gebieten erklärte General Nudant, daß die Besatzungsbehörden angewiesen seien, die Pressezensur in Zukunft in weitherziger Weise zu handhaben.

Gleichzeitig setzte er die deutsche Kommission davon in Kenntnis, daß die Alliierten den verschiedenen Gesuchen betreffend den Wagenverkehr zwischen den besetzten und unbesetzten Teilen Deutschlands Folge gegeben habe. So sei die Produktion gestattet, ferner könnte die rechtsrheinische Industrie in gewissem Umfange aus dem linksrheinischen Gebiet Anilinfarben, chemische Produkte und synthetischen Gummi beziehen.

Noudant teilte ferner mit, daß 45 000 Tonnen Zucker für die Raffinerien im besetzten linksrheinischen Gebiet eingeführt und dafür 67 Proz. raffinierter Zucker nach dem rechten Rheinufer ausgeführt werden könnte.

Aus Stadt und Land.

Eisenbahner-Versammlung.

Die Bewegung unter den Mannheimer Eisenbahnern, die nach dem Verlauf der Versammlung am Sonntag vor acht Tagen die schlimmsten Befürchtungen inbezug auf den ungestörten Fortgang des badischen Eisenbahnverkehrs als berechtigt erscheinen ließ, ist glücklicherweise durch die Führer in ruhige Bahnen geleitet worden. Viel hat dazu das entgegenkommende Verhalten des badischen Verkehrsministers, dem in der gestrigen Versammlung einstimmig das Vertrauen ausgesprochen wurde, und der Erfolg der durch die Kommission in Karlsruhe unternommenen Schritte beigetragen.

Herr Wolf, der Vorsitzende der Kommission, eröffnete die gestrige Versammlung, zu der sich im Nibelungensaal gegen 3000 Personen eingefunden hatten, um ½11 Uhr mit der Begrüßung der Erschienenen, insbesondere der anwesenden Mitglieder der badischen Landesversammlung, um sich sodann über die Vorgeschichte der Bewegung zu verbreiten. Die Behandlung der Angelegenheit im Ausschuß und Plenum zeige, daß die Regierung gewillt ist, den Eisenbahnern so schnell als möglich Hilfe angedeihen zu lassen. Von der Kommission sei alles versucht worden, um den Forderungen den nötigen Nachdruck zu geben. Als aus der Versammlung heraus unter lebhaftem Beifall verlangt wurde, daß die Tagesordnung: „Stellungnahme zur Antwort der Regierung auf das Ultimatum vom 28. Januar", in „Unsere Forderungen und die Antwort der Regierung" umgeändert werde, erwiderte der Vorsitzende, daß bereits am Donnerstag beim Verkehrsministerium angefragt wurde, bis wann die Kommission wegen dem Lohntarifabschluß zur Vorladung komme.

Herr Eisenbahnsekretär Robert Keller, der Hauptredner der Versammlung, wandte sich mit scharfen Worten nicht nur gegen die Taktik der Kommission, sondern auch gegen das Ergebnis der Versammlung am Sonntag vor acht Tagen. Die geistigen Urheber der Resolution hätten mehr Einsicht und etwas mehr politischen Weitblick walten lassen sollen. Auf den Bahnhöfen habe man in der vergangenen Woche oft die Frage von Reisenden beantworten müssen, ob man denn noch fahren könne. (Heiterkeit.) Wer hellhörig sei, habe herausfinden müssen, daß einzelne Vorstände von Eisenbahnerorganisationen mit den Worten Koalitionsrecht und Streik sehr frühzeitig bei den Mitgliedern hausieren gingen, um ihre Aemter und Pfründen zu befestigen. Er könnte die Namen der Helden nennen, die sich bei der Umsetzung in die Tat verkrochen hätten. (Pfuirufe.) Die Eisenbahner würden einem Wunderland entgegenschreiten, wenn die Wahlprogramme der verschiedenen Parteien Gesetzeskraft erlangen würden. Man hätte dann auch nicht mehr nötig, zu Lohnfragen Stellung zu nehmen. Es gehe ein Zug durch die Zeit auf Schaffung der Einheitsklasse. Aber wenn man über die badischen Grenzpfähle nach Preußen, Bayern und Württemberg hinüberschaue, so müsse man sehen, daß während des Aufmarsches und des Krieges und im Chaos der Revolution alle Pflichten genau in die Einheit des Deutschen Reiches geworfen wurden, daß aber die Entlohnung eine verschiedene war. (Lebhafte Zustimmung.) Preußen und Württemberg waren hier das Musterland. Gingen die andern Staaten im Eilzugstempo vor, so sei in Baden nur das Tempo des Lahrer hinkenden Boten zu verspüren gewesen. (Lebhafter Beifall.) Man sei gewohnt, die Anerkennung der Leistungen der Eisenbahner im Nachrichtenblatt zu lesen. Das habe auch diesmal nicht gefehlt. Aber das Nachrichtenblatt habe noch nicht die Gesetzeskraft eines Reichs[illegible]scheines. (Sehr gut.)

In die Generaldirektion habe der neue Geist noch keinen Einzug gehalten. Die Tore seien noch mit Ketten und schwersten Schlüsseln verschlossen. (Stürmischer Beifall.) Man frage sich heute, warum es nicht zum Streik gekommen sei. Ganz Baden habe auf Mannheim geschaut, ob nicht von dort das Signal gegeben werde. Heute müsse man sagen: Mannheim war auf der Hut. Vonseiten der Regierung und der örtlichen Vertretungen sei es allerdings ein Frevel gewesen, daß angesichts der Sachlage nichts unternommen wurde. Die Eisenbahner wollten nicht, daß das Chaos einreiße und auch nur ein lokaler Streik eintrete. Aber soviel sei festzustellen, daß das allerschlimmste in Mannheim geschehen wäre, wenn es gewissen unverantwortlichen Elementen gelungen wäre, ihre Absichten durchzusetzen. Man stehe heute vor der Tatsache, daß der badische Eisenbahnerstand sich auf unendlich viele Organisationen verteile. Fernerhin könne eine solche Zersplitterung der Kräfte nicht mehr möglich sein. Der [illegible], der mit der Titel- und Uniformfrage in die Reihen der Eisenbahner hineingetragen wurde, müsse verschwinden. Die Anwendung von zweierlei Tuch habe aufgehört. (Stürmischer Beifall.) Man wolle nicht mehr nach Achselschnüren und Sternen trachten. Einigkeit wolle man haben. Nicht die Regierung trage an der Entwicklung der Dinge die Verantwortung, sondern alle diejenigen, die gewillt seien, an dem Wiederaufbau des Staates mitzuarbeiten. Am Sonntag sei Revolverpolitik getrieben worden. In Karlsruhe habe man es gewagt, ihn als Spartakisten hinzustellen. (Stürmische Pfuirufe.) Der Redner sprach alsdann dem Verkehrsminister das Vertrauen aus, das die Versammlung durch Erheben von den Sitzen bekundete. Der Verkehrsminister habe zugegeben, daß die soziale Notlage der Eisenbahner eine ungeheure sei. Die Oeffentlichkeit, die, wie man sage, gegen die Eisenbahner sei, würde sehr bald für sie sein, wenn sie restlos wüßte, welche ärmlichen Gehälter und Löhne gezahlt würden. Es werde gesagt, daß es selbst in den Reihen der Eisenbahner noch Leute gebe, welche die Teuerungszulage nicht brauchen. Diese Herren sollten den Mut haben, ihre Namen öffentlich zu nennen und auf die 500 Mark zu verzichten, damit man einen Fonds zur Unterstützung der Arbeitslosen schaffen könne. (Stürmischer Beifall.) Zum Schluß wies der Redner auf das Ergebnis der Abstimmung über die Forderungen der Eisenbahner im Verfassungsausschuß hin und schloß unter stürmischem Beifall mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Errungenschaften der Revolution und der demokratischen Freiheit auch dem badischen Eisenbahner in der notwendigen Weise zugute kommen.

Die nun folgende Aussprache, die sich sehr in die Länge zog, spielte infolge der scharfen Angriffe, die Herr Keller gegen verschiedene Mitglieder der Kommission gerichtet hatte, in für den Eindruck der Versammlung recht nachteiliger Weise auf das persönliche Gebiet hinüber. Die Verteidigung der Angegriffenen verfehlte nicht ihre Wirkung. Verbandssekretär Schmall-Karlsruhe stellte einerseits fest, daß die Forderungen der Eisenbahner berechtigte seien und tadelte andererseits das Ultimatum, mit dem man der Regierung die Pistole auf die Brust gesetzt habe. Die Forderungen würden in den nächsten Tagen im Plenum zur Verabschiedung kommen. Die Frage sei nur, ob die großen Massen mit dem Ergebnis einverstanden sein könnten. (Zurufe: Nein.) Darüber werde noch ein Wort zu reden sein. Als der Redner feststellt, daß am Sonntag mit dem Feuer gespielt worden sei, muß er unter stürmischem Widerspruch seine weiteren Ausführungen abbrechen. Verbandssekretär Heini-Karlsruhe will versuchen, in den nächsten Wochen das Viertelhundert badische Eisenbahnerorganisationen zu einer geschlossenen Masse zu vereinigen. Es müsse eine Front von Mannheim bis Konstanz geschaffen werden. Freiheit, Geschlossenheit und Einigkeit sei die Parole. Die nachfolgenden Redner traten ebenfalls für den Einigungsgedanken ein. So war es etwa 2 Uhr geworden, als zur Abstimmung über die vorliegenden Entschließungen geschritten werden konnte. Die einstimmig angenommenen Entschließungen lauten:

Die am 2. Februar 1919 im Nibelungensaal des Rosengartens in Mannheim stattgefundene öffentliche, allen Berufsschichten angehörende Eisenbahnerversammlung protestiert ganz entschieden gegen die Annahme des Zusatzantrages des Verfassungsausschusses der Badischen Nationalversammlung in Karlsruhe zum Streikrecht. Die Eisenbahner erblicken hierin eine Herabwürdigung ihres ganzen Standes zu Menschen zweiter Klasse. Das gesamte Verkehrspersonal erklärt sich bereit zur vollen Pflichterfüllung zum Wohle der Allgemeinheit, dagegen verlangt es gleiches unbestrittenes Koalitionsrecht, wie die Angestellten und Arbeiter der Privatbetriebe.

Die Vertretung der Eisenbahner-Berufsvereine gibt sich mit der Erklärung des Verkehrsministers und dem Beschluß der Nationalversammlung, den Antrag auf Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage beschleunigt behandeln zu lassen, vorerst zufrieden. Die Versammlung wünscht, daß allen Beamten und Arbeitern die einmalige Teuerungszulage bis zur Höhe von 500 Mark gewährt werden solle.

Eine weitere Entschließung spricht der seitherigen Kommission volles Vertrauen und Dank aus und fordert die Einberufung einer Konferenz zur Besprechung der Verschmelzungsfrage nach Karlsruhe.

Protestkundgebung der Zentrumspartei.

Obwohl die gestern nachmittag in den Nibelungensaal des Rosengartens einberufene Protestversammlung nicht den gewohnten Massenbesuch der Zentrumspartei aufwies, so nahm die von rund 1800 Personen besuchte Versammlung doch einen eindrucksvollen Verlauf. Das Zentrum kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, als erste hiesige Partei gegen die Besetzung badischer Gebiete öffentlich protestiert zu haben. Die Ausführungen der Redner, die Protest erhoben gegen die unwürdigen, ungerechten und wirtschaftlichen Uebergriffe unserer Feinde, wie gegen die Zurückbehaltung unserer Kriegsgefangenen, wurden durch lebhafte Beifallsbezeugungen unterstrichen. Ein tausendfaches, entrüstetes „Pfui" rief die Zeitungsnachricht hervor, daß unsere deutschen kriegsgefangenen Kameraden in Frankreich „sich schlagen um das, was den Schweinen gefüttert" wird. Es sei dies ein Hohn auf alle Kultur.

Der erste Referent, Herr Prokurist Hofferbach-Mannheim, erinnerte an das Wort weiland Kaiser Wilhelm II.: „Ich kenne keine Parteien mehr, nur Deutsche". Dieses Wort müsse nach Ansicht des Redners heute eine Auferstehung finden. Mehr denn je sei angesichts der brutalen Uebergriffe der Feinde der Zusammenschluß aller Deutschen eine unbedingte Notwendigkeit. Was den militärischen Zusammenbruch betreffe, so sei der Ursprung desselben auch darin zu suchen, daß es den Leuten hinter der Front vor und während des Kriegs vielfach zu gut ging. Dadurch sei die deutsche Nation zermürbt und reif gemacht worden für die Niederlage. Die Revolution habe die erhofften besseren Tage nicht gebracht, auch keine Männer des Geistes und der Tat. Deutschland wolle und müsse leben und diese Gedanken wolle man heute zu einer einzigen riesigen Willenskundgebung der deutschen Nation hinausrufen in alle Welt. Redner wandte sich dann in längeren Ausführungen gegen die angedrohte Erdrückung, Erniedrigung und Entwürdigung des deutschen Volkes, sowie gegen die Hungerblockade, gegen die vorgeschobene feindliche Besatzung ins Badische Gebiet und gegen die unmenschliche Behandlung unserer Kriegsgefangenen.

Herr Revisor Köhler-Karlsruhe, Mitglied der Nationalversammlung, kritisierte in temperamentvollen Worten das täglich mit immer größerer Härte und Rücksichtslosigkeit wahrzunehmende Vorgehen unserer Feinde. Nicht mit Unrecht bedauerte Redner das mangelnde Gemeinschaftsgefühl der Deutschen, das in letzter Zeit immer mehr verloren ging. Dies bilde letzten Grundes auch die Ursache der tieftraurigen Situationen, in denen sich das deutsche Volk befinde. Eingehend beleuchtete Redner unsere finanzielle und wirtschafts-politische Lage und betonte, daß kein Wort zu stark zu deren Charakterisierung sei. Handel und Wandel stocken und an Lebensmitteln habe man nur noch einen winzigen Vorrat. Die Feinde wollen unseren Ruin und uns tributpflichtig machen. Man wolle auch protestieren gegen die Besetzung badischen Gebietes. Von Wilson erwarte man, daß er sein Wort wahr mache, und für einen gerechten Völkerfrieden eintrete. Die Kämpfe im Innern, die grausame Selbstzerfleischung rasender Derwische, müsse aufhören und das Volk wieder zur Besinnung kommen.

Herr Kaufmann Helfferich, der die Versammlung eröffnete, verlas hierauf nachstehende, einstimmig angenommene Entschließung. Er schloß die 2stündige Versammlung mit dem Wunsch, daß Gott unser unglückliches Vaterland segnen und schützen möge. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Tausende deutscher Männer und Frauen, die heute im Nibelungensaale versammelt sind, faßten folgende Entschließung: Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß unter Mißachtung der ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen dem deutschen Volke bei jeder Verlängerung neue und härtere Lasten auferlegt, daß immer weitere Plätze unseres badischen Landes von den Franzosen in Besitz genommen werden, und daß durch Lahmlegung unseres Verkehrswesens und Abschneidung der linksrheinischen Kohlenzufuhr unser Wirtschaftsleben dem Ruin entgegengeführt wird. Wir verlangen im Namen der Gerechtigkeit den schleunigsten Abschluß eines Vorfriedens auf Grundlage der Bedingungen, die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson niedergelegt und von unsern Gegnern anerkannt worden sind, sowie die sofortige Aufhebung der Hungerblockade. Wir fordern im Namen der Menschlichkeit die alsbaldige Freigabe unserer kriegsgefangenen Brüder, insbesondere jener, die schon über 18 Monate in Gefangenschaft schmachten und deren Rückführung bereits Mitte August 1918 hätte beendet sein sollen". ch.

Versammlung der Ausgewiesenen.

Die zur Ausweisung gelangenden, sowie die ursprünglich von der Bekanntmachung betroffenen Militärpersonen wurden auf Samstag abend zu einer Versammlung in den Musensaal einberufen. Es waren etwa 500 Personen erschienen, was der Leitung Veranlassung gab, das mangelnde Interesse derer, die jetzt nicht mehr unter die Ausweisungsbestimmung fallen, zu rügen. Die Kommission berichtete über ihre Tätigkeit seit der letzten Versammlung, namentlich über ihre Aussprache beim Ministerium des Innern. Die Abordnung verhandelte dort mit Geheimrat Flath und Assessor von Nicolai. Sie hatte, wie angeführt wurde, den Eindruck, als habe man sie von Mannheim aus als Anarchisten signalisiert. Die Forderungen, wie sie die Mannheimer Ausgewiesenen-Kommission gestellt habe, wolle der Minister des Innern befürwortend an das Reichsamt weiterleiten. Wenn das Bezirksamt Mannheim auch anderer Ansicht sei, vor einer endgültigen Entscheidung sollen die von der Verfügung Betroffenen nicht aus Mannheim hinaus. Es stimme etwas nicht bezügl. der Ententeverordnungen, denn im Abschnitt 4 z. B. (Frankfurt) beziehe sich die Ausweisungsverfügung ausschließlich auf die Erwerbslosen. Die Stadtverwaltung habe in dieser Angelegenheit für die Betroffenen nicht das geringste Herz gehabt. In Karlsruhe habe man sofort 30 Personen angestellt, die sich mit der Erledigung der Fragen der Ausgewiesenen zu beschäftigen haben. In Mannheim hatte man keine 10 Pfg. dafür übrig gehabt. Die Verhältnisse, unter denen heute die Auslandsdeutschen zu leiden haben, wurden scharf beleuchtet. Die 300 000 Mk., die für die elsässischen Flüchtlinge bereitgestellt wurden, seien wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. In Karlsruhe, Freiburg und Mannheim seien Stellen zur Unterkunft der Flüchtlinge errichtet. In Mannheim wage man ihnen die „Herberge zur Heimat" als Heim anzubieten.

Man kam in der Versammlung ins politische Fahrwasser und man ließ auch durchblicken, daß man in Zukunft diesen Weg nicht vermeiden könne. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß für eine Aufhebung der Ausweisungsbestimmung demonstriert wird. Wie der Hauptredner der Kommission mitteilte, werde man sich zu diesem Zweck der radikalsten Partei anschließen. Es fiel manches harte Wort gegen unsere Stadtverwaltung, das Bezirksamt und die Volksregierung, gegen die Presse und vor allem wurde gegen den Kapitalismus, den die Ausgewiesenen als Ursache der Ausweisungsverfügung ansehen, in der schärfsten Weise angegangen. Sehr durchsichtig sei, so wurde von einem Diskussionsredner gesagt, die Verlegung des Bezirkskommandos ins Schloß. Man wolle die Akten dort anscheinend mit Maschinengewehren schützen. Auch die dieser Tage erschienene Aufforderung zur Anmeldung aller jetzt hier wohnhaften ehemaligen Militärpersonen kam zur Sprache und es wurde beschlossen, daß die Versammlungsteilnehmer dieser Aufforderung nicht nachkommen sollen. Man solle erst einmal klipp und klar den Grund zu dieser Maßnahme erklären. Einige Auslandsdeutsche erzählten schlicht ihr Schicksal, das trauriger ist, als man es sich in der Regel vorstellt. pp.

* In den Ruhestand versetzt werden das Kollegialmitglied der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Geheimer Oberbaurat Hermann Stolz auf Ansuchen, die Forstmeister Karl Roth in Neckargemünd und den Forstmeister Karl Wittemann in Durlach auf Ansuchen unter Verleihung des Titels Forstrat, Justizsekretär Johann Jacobi beim Amtsgericht Adelsheim seinem Ansuchen entsprechend und Oberbausekretär Johann Baptist Leuthner in Freiburg auf sein Ansuchen.

* Bestätigt wurden Bausekretär Andreas Weimer in Bruchsal unter Ernennung zum Oberbausekretär und die Finanzsekretäre

Von auswärtigen Bühnen.

Eine Wedekind-Uraufführung.

Unser Münchner Theaterkritiker schreibt uns: In den „Münchner Kammerspielen" wurde das Drama „Tod und Teufel" (früher „Totentanz" genannt und in der Gesamtausgabe des Dichters bei Georg Müller, München, erschienen) von Frank Wedekind zur Uraufführung gebracht. Das Stück zeigt in drei Szenen die biologische Aufstellung zweier Theorien zum Problem Dirne—Sinnlichkeit—Freudenhaus und ihre Durchkreuzung durch das Leben. Der Mädchenhändler Casti Piani, der sich einen „Moralisten" nennt und sein Handwerk betreibt, um den Menschen zum restlosen Genusse zu verhelfen, der ihm, als alleinige, restlose Glückseligkeit" als das einzige erscheint, was das Leben lebenswert macht. Casti Piani wird durch das Bekenntnis einer Dirne darüber belehrt, daß die Ausübung ihres Berufes nicht Freude, sondern Qual bringe; und Elfriede v. Malchus, das Mitglied des Vereins zur Bekämpfung des Mädchenhandels, der schließlich zu der Weltanschauung des Marquis' bekehrt wird, erkennt, daß das „Haus des Lasters" im Grunde genommen ein Haus des Martyriums sei. Dieses Stück ist trotz aller sophistischen Beredsamkeit, mit der es arbeitet und trotz der Geschicklichkeit, die hier in scheinbar lückenloser Beweisführung das Kartenhaus einer Soziologie des Dirnentums aufbaut und unsere ganze Gesellschaftsordnung umstößt, indem es die Käuflichkeit der Frau zu einem ethischen Postulate macht, kein Kunstwerk geworden. Aller Glanz der Dialoge wird für Theoretisches aufgewandt, und wenn sich menschliche Wirkungen ergeben, wie die Ueberwindung der Malchus, die sich in dem Ruf: „Heiraten Sie mich!" kundgibt, so bleiben diese Effekte [illegible] Würze. Schließlich aber, und das ist der dramatische Hauptfehler des Stückes, kann das Bekenntnis der Dirne, als Einzelfall, kaum überzeugend eine in fünfzigjährigem Leben gewonnene (und wohl auch erprobte) Weltanschauung so zunichte machen, wie im Falle Casti Piani, der sich „zerschmettert" fühlt und zum Revolver greift. Die Darstellung hat der Wirkung des Stückes nicht sehr geholfen. Arnold Marle gab dem Marquis die scharfe Linie und sprach seine Theorien eindrucksvoller. Frau Wedekind blieb dagegen als Elfriede v. Malchus blaß, und die Komik ihrer Wirkung war nicht immer beabsichtigt. Das Publikum spendete einen den Akteuren bezeigten entgegenkommenden Beifall. Kl. Kl.

Uraufführung am Heidelberger Stadttheater.

„Der Riese Goliath", Schwankspiel in 3 Akten von Toni Impekoven und Carl Mathern erlebte in Heidelberg unter der Spielleitung von Kurt Gühne seine Uraufführung und fand vollen Erfolg. Das vollbesetzte Haus spendete stürmischen Beifall bei jedem Aktschluß, auch der anwesende Autor, Herr Impekoven, wurde hervorgerufen.

Der Held des Stückes, Amadeus Häberlein, im Hauptberuf Buchhändler, ist ein verkanntes Genie, ein lyrischer Dichter, dessen Musenkinder dank der Tücke der Redaktionen niemals mit der so heiß ersehnten Druckerschwärze in Berührung kommen. Um endlich den Weg an die Oeffentlichkeit zu finden, gründet er auf Anstiften eines Freundes einen „Verein zur Förderung unbekannter Dichter". Als Vorsitzender dieses 6 Mitglieder zählenden Klubs fühlt er Titanenkräfte in sich, gibt seinen Buchhändlerberuf auf; er fühlt sich wachsen, fühlt sich als Volksbeglücker und neuer Prometheus und sieht die Wege zum Parnaß gebahnt. Da naht das Verhängnis. Der in die Presse lancierte Vereinsaufruf hat verblüffenden Erfolg: Mitglieder strömen herbei, das Telephon bimmelt unaufhörlich, Häberleins Buchladen wird zum Büro umgeräumt, (während der Szene) Reporter bestürmen den Amadeus, und einer derselben nennt ihn „den Riesen Goliath". Der offiziellen Vereinsgründung, bei der Häberlein die große Rede halten soll, sieht man als einem epochemachenden Ereignis entgegen. Der Riese Goliath aber ist entsetzt über die Rolle, die er spielen soll. Er zittert vor den Geistern, die er rief: an dem großen Tage der Sitzung klappt er zusammen wie ein Taschenmesser, er verkriecht sich im Kleiderschrank vor seinen Besuchern, und greift zum Opium — denn ihm ist garnicht gut — Er läßt Sitzung und Vorsitz im Stich, verwünscht den Verein und seinen Größenwahn, wird wieder Buchhändler und tröstet sich in den Armen der Alo hospitalis, der einzigen, die von Anfang an seine Gedichte als das mißratene Produkt einer Dichterpsychose erkannte.

Das Stück ist bühnentechnisch recht geschickt komponiert; es ist reich an Situationskomik, die sich freilich oft in Derbheiten und Plattheiten gefällt. Der Dialog ist durchweg flott und amüsant; er ist vielfach mit Satire auf Literatentum und Vereinsmeierei durchsetzt. Neben abgebrauchten Typen sind manche gute Figuren eingefügt.

Die sorgfältig vorbereitete Aufführung blieb dem Schwank nichts schuldig. Den Amadeus gab Hugo Wolf-Leutheller, seinen Freund, schneidig wie immer, Walter Forst. Gut waren besonders der Kunstmaler Bernhard Fark, das Dienstmädchen von Liesel Marlow und Frau Hemme-Weger als Frau Rechnungsrat. A. B.

Vom Mainzer Stadttheater.

Die Forderungen der Künstlerschaft des Mainzer Stadttheaters, deren finanzielle Tragweite den Jahreszuschuß der Stadt von einer Viertel auf eine Million gesteigert hätten, sind von der Stadtverwaltung derart zur Verwirklichung in Aussicht genommen, daß die Stadt eine Gesamtbelastung von einer halben Million erhält. Es werden als Mindestgage 350 Mark angenommen, falls die Künstler zwei Jahre der Mainzer Bühne angehören. Die Spielzeit wird auf neun Monate ausgedehnt. Während der Ferien zahlt die Stadt jedem Mitglied eine Sommergage von zweihundertfünfzig Mark, wogegen sich das Mitglied verpflichtet, nicht an eine Sommerbühne zu gehen. Tut es das doch, so fällt der Zuschuß der Stadt weg. Für Künstlerinnen werden die historischen Kostüme gestellt und für moderne Kleider kann eine Beihilfe gewährt werden. Das ganze ist städtischerseits als eine vorläufige Entscheidung für ein Jahr gedacht.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Theater-Nachrichten.

Die für Freitag, den 7. Februar angesetzte Uraufführung der Offenbachschen Oper „Der Goldschmied von Toledo" wird vom Intendanten inszeniert und von Felix Lederer musikalisch einstudiert. Die Vorstellung findet außer Abonnement zu hohen Preisen statt.

In der am Dienstag stattfindenden Vorstellung von „Waffenschmied" singt Grete Neumann die Partie der „Marie", Heinrich Tiemer den „Grafen Liebenau" zum ersten Male. Spielleitung: Eugen Gebrath, musikalische Leitung: Max Sinzheimer.

Tanzabend Hannelore Ziegler.

Pünktlich ½8 Uhr beginnt der heutige Tanzabend, worauf wir ganz besonders hinweisen.

Eintrittskarten sind nicht mehr verfügbar und wird die Veranstaltung daher am Mittwoch mit gleichem Programm wiederholt.

Heiterer Abend Albert Walter-Ernst Vogler.

An Stelle von Frau Annie Ernst singt Frau Vogel-Mack, die bestens hier eingeführte Soubrette. Herr Albert Walter bringt außer ganz neuen heiteren Sachen erstmals hier Heiteres aus den Werken des Karlsruher Dichters Romeo in Karlsruher Mundart. (Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß über die bis Dienstag im Mannheimer Musikhaus nicht abgeholten Karten anderweitig verfügt werden muß, da Sitzplätze bis auf wenige ausverkauft sind.)

Liederabend Jane Freund — Walter Günther-Braun.

Einen volkstümlichen Liederabend veranstalten Jane Freund und Walter Günther-Braun am 1. März im Musensaal. Bei der großen Wertschätzung der beiden Künstler empfiehlt sich rechtzeitige Kartenvorbestellung im Mannheimer Musikhaus.

MARCHIVUM

Johann Janzer in Dürkheim, Valentin Willy in Tauberbischofsheim, Wilhelm Joos in Pforzheim, Heinrich Eichhorn in Freiburg, Eduard Frey in Freiburg, Robert Laubert in Heidelberg, Georg Neudörfer in Mosbach, Ernst Häfner in Karlsruhe, Richard Lachenmayer in Radolfzell, Emil Vollrath in Karlsruhe und Peter Schmittheim in Donaueschingen unter Ernennung zu Obersinanzsekretären in ihren Amtsstellen.

)(**Vorsicht vor leichtfertiger Schießerei.** Das Generalkommando hat folgende Bekanntmachung erlassen: Durch Schießerei und Ausübung der Jagd nicht dazu berechtigter Militärpersonen wird andauernd in leichtfertiger Weise das Leben von Mitmenschen gefährdet. Alle Behörden, Soldatenräte und anständig denkende Militärpersonen werden dringend ersucht, diesen Unfug, der den Unwillen der Bürgerschaft in höchstem Maße erregt, abzustellen und die Schuldigen zur gerichtlichen Verfolgung namhaft zu machen.

* **Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer.** Um den zahlreichen erwerbslosen Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern Erwerbsgelegenheit zu verschaffen, hat das Ministerium des Innern die Bezirksämter angewiesen, bei ihnen noch beschäftigte Aushelfer und Aushelferinnen unter Einhaltung der z. Zt. mit ihnen vereinbarten Kündigungsfrist zu entlassen und — wenn die von den Entlassenen geleistete Dienstaushilfe noch weiter nötig ist — dafür Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer, die sich für die Arbeit eignen, einzustellen.

* **Der gestrige Sonntag** stand als erster in diesem Winter im Zeichen des Eissports. Vom Morgen an tummelte sich auf dem Tennisplatze eine große Menge, für die der zur Verfügung stehende Raum zum richtigen Ausholen viel zu klein war. Namentlich am Nachmittag war der Platz von einem vielhundertköpfigen Publikum umgeben, das das fröhliche Leben und Treiben mit Interesse beobachtete und sich zurückerinnern ließ an die Jahre, in denen sich selbst Vater Rhein mit dem Eispanzer umgürtete und die Schlittschuhläufer auf dem jetzigen Industriehafen bis nach Waldhof schickte. Auch auswärts scheint dem gesunden Wintervergnügen mit Eifer gehuldigt worden zu sein. So wird uns gemeldet, daß die Weinheimer Jugend gestern in Scharen nach Lützelsachsen fuhr, um sich auf dem Eis der dortigen Wiesen zu belustigen. Im höheren Odenwald konnten sich die Kinder auf ihren „Schleifen", an Wiesen-Abhängen auch etwas mit Schlitten ergötzen. Von etwa 400 Meter an aufwärts hat der Odenwald seit einigen Tagen eine Schneedecke, die zwar die Wintersaaten vollständig schützt, zum richtigen Rodeln aber noch nicht genügt.

§ **Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Kreisverein Mannheim,** veranstaltet heute abend im Friedrichspark einen öffentlichen Vortrag mit Aussprache über das Thema „Die Revolutionierung der Angestellten-Bewegung", in der Herr Gustav Schneider, Mitglied des Leipziger Verbandsvorstandes und der Nationalversammlung, sprechen wird. Alle kaufmännischen Angestellten Mannheims sind dazu eingeladen.

Polizeibericht vom 2. Februar 1919.

Gewaltsame Todesfälle. Am 31. Januar, nachmittags, wurde der 65 Jahre alte, verheiratete Straßenkehrer Wilhelm Eisele von Kiebronn, wohnhaft hier, auf der Güterhallenstraße, von einem Straßenbahnwagen der Linie 14 umgefahren, eine Strecke weit geschleift und so schwer verletzt, daß er bald darauf im Allgemeinen Krankenhaus gestorben ist. Wie festgestellt, soll den Wagenführer kein Verschulden treffen. — Der 13 Jahre alte Schüler Friedrich Landherr von hier ertrank gestern nachmittag beim Schlittschuhlaufen auf dem Rheinsporen beim sogen. Bellenkrabben. Beim Versuch, den auf der leichten Eisdecke eingebrochenen Landherr zu retten, brach auch der Dreherlehrling Karl Trilschler, 15 Jahre alt, von hier, ein und ertrank. Die Leichen der Verunglückten konnten noch nicht geländet werden.

Tot aufgefunden in seiner Wohnung B 3, 6 wurde am 2. ds. Mts., nachmittags der alleinstehende, etwa 70 Jahre alte Kaufmann Karl Fränkel von hier. Sein Tod dürfte infolge Herzlähmung oder Herzschwäche schon vor etwa zwei Tagen eingetreten sein.

Selbstmordversuch. Aus noch unbekannter Ursache feuerte am 30. v. Mts., nachts, ein 33 Jahre alter, verheirateter Kaufmann von hier in seiner Wohnung in H 7 in selbstmörderischer Absicht einen scharfen Revolverschuß auf sich ab und verletzte sich unerheblich an der linken Brustseite. Er fand Aufnahme im Allgemeinen Krankenhaus.

Spielplan des National-Theaters					Neues Theater	
Datum	Abonn.	Miete	Vorstellung	Anfang	Vorstellung	Anfang
3. M.	6	E.-T.	Einsame Menschen	7		
4. D.	28	D	Der Waffenschmied	6½		
5. M.	28	C	Hölderlin	7		
6. D.			Geschlossen			
7. F.		A. A.	[illegible]	6		
8. S.	27	A	Leonce und Lena	7		
9. S.	29	B	Mignon	6	Der Raub der Sabinerinnen	7

Aus dem Lande.

* **Kehl,** 1. Febr. In den letzten Tagen war ein bewegtes Leben in unserem Städtchen durch Auswanderung und Abtransport von Möbeln und Waren aller Art. Die widersprechendsten Gerüchte über die Besetzung und deren Verschiebung waren zu hören. Die Tatsache der stark um sich greifenden Pockenepidemie hat aber die Franzosen nicht gehindert, bei uns einzurücken. Am 29. Januar, vormittags 10 Uhr, kamen schon die ersten Vortrupps über die Rheinbrücke. Nachmittags waren die Spitzen der Behörden zur Entgegennahme der französischen Befehlsausgabe geladen. Abends sind die letzten Züge für den öffentlichen Verkehr gegangen. Nachts 12 Uhr wurde die französische Zeit eingeführt. Die Bürgerwehr war plötzlich verschwunden. Der Kommandant, ein früherer Militärarzt, verließ seinen Wirkungskreis in letzter Stunde mit dem Auto. Seit 30. Januar prangt eine Proklamation von General Foch an den Mauern des besetzten Gebietes, darunter eine Warnung des Kehler Bürgermeisters gegen Vernichtung dieser Proklamationen. Post, Bahnhof und Hafen wurden schon am 29. Januar mit Posten besetzt. Am 30. Januar, kurz nach 8 Uhr, begann der eigentliche Einzug der Truppen. Mit mehreren starken Musikkorps sind unsere Feinde eingerückt. Befehlsgemäß waren die ansässigen Behörden mit General Hirschauer auf dem Marktplatz zur Schau der einziehenden Truppen versammelt. — 2 Regimenter Kavallerie, 3 Bataillone Infanterie und 3 Batterien Feldartillerie sind unsere neuen „Beschützer". Bei all der Schmach, die wir über uns ergehen lassen müssen, hat es da und dort doch Gruppen von einheimischen Zuschauern gegeben, welche sich in unmittelbarster Nähe der durchziehenden Truppen aufstellen mußten. Der Besetzungskreis erstreckt sich vorläufig von Hohnau über Kork bis Marlen.

)(**Dangstetten,** 28. Jan. Beim Holzfällen im Walde wurde Kaufmann Eduard Schmidt hier von einem Stamm schwer verletzt, sodaß er alsbald starb.

Handel und Industrie.

Aufnahme einer 50 Millionen-Anleihe der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Die Badische Anilin- und Soda-Fabrik beruft auf Samstag, den 1. März eine außerordentliche Generalversammlung. Gegenstand der Tagesordnung bildet die Genehmigung zur Aufnahme einer Obligationsanleihe im Betrage von 50 Millionen M.

Einfuhrverbote.

Die Einfuhrarbeitung der Deutschen Gesandtschaft in Bern ist im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt aufgelöst worden. Anträge auf Einfuhrbewilligung für Waren aus der Schweiz sind daher nicht mehr bei der Einfuhrabteilung der Deutschen Gesandtschaft in Bern, sondern bei dem Reichskommissar für Ausfuhrbewilligung in Berlin W 10, Lützowufer 8, einzureichen.

Deutschlands Versorgung mit holländischen Zigarren.

Man schreibt uns: Ein Fachblatt der Tabakbranche glaubt eine baldige wesentliche Besserung in der Versorgung der Raucher mit Zigarren in Aussicht stellen zu können. Diese Ansicht gründet sich einmal darauf, daß die jetzt an die Zentrale für Heereslieferungen zurückfließenden Heeresbestände an Zigarren dem Handel zugeteilt würden, und daß ferner eine reichliche Zufuhr von Zigarren aus Holland zu erwarten wären. Der holländische Minister für Industrie und Landwirtschaft soll den Forderungen der Zigarrenfabrikanten nachgegeben und die Ausfuhr von Zigarren durch Vermittlung der niederländischen Ausfuhrgesellschaft gestattet haben. Das hauptsächlichste Absatzgebiet würde Deutschland sein, und es bestünde Aussicht, daß bald jeder Raucher so viel Zigarren erhalten könne, wie er braucht. Soweit diese Mitteilungen sich auf die Einfuhr holländischer Zigarren nach Deutschland beziehen, erwecken sie Hoffnungen, die sich nicht erfüllen dürften. Der Stand unserer Valuta erschwert es schon außerordentlich, die notwendigsten Nahrungsmittel für die Volksernährung und Rohstoffe für die Industrie aus dem Ausland zu beziehen. Wie sollte Deutschland in der Lage sein, für die Einfuhr eines entbehrlichen Genußmittels große Summen aufzuwenden. Der großen Masse der deutschen Raucher wäre auch mit diesen holländischen Zigarren durchaus nicht gedient, denn infolge der Valutadifferenz stellt sich ihr Preis im Großhandel bereits auf mehr als 1 M. für das Stück. Dazu kommt noch der Zuschlag für den Kleinhändler. Für eine derartige Luxusware hat Deutschland in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage keine Mittel übrig. Auch vom sozialen Standpunkt aus wäre es ganz verfehlt, fertige Zigarren aus dem Ausland einzuführen, in einer Zeit, wo die ganz überwiegende Zahl unserer Tabakarbeiter beschäftigungslos ist. Holland wird in absehbarer Zeit wieder reichliche Mengen von Rohtabaken zu verkaufen haben. Bei den großen Vorräten an Tabak, die in den holländischen Kolonien lagern, werden die bisherigen Kriegspreise nicht aufrecht zu erhalten sein. Hat Holland Tabak zu normalen Preisen abzugeben, dann kann eine Einfuhr nach Deutschland in Betracht kommen, um unsere völlig darniederliegende Tabakindustrie wieder in Gang zu bringen. Eine Einfuhr von Tabakfabrikaten noch dazu zu sehr hohen Preisen kann aber nicht in Betracht kommen.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Februar

Pegelstation vom Rhein	29.	30.	31.	1.	2.	3.	Bemerkungen
Hüningen*)	1.25	1.15		1.07	1.03	1.01	Abends 6 Uhr
Kehl	2.20	2.12		2.07	2.05	1.88	Nachm. 2 Uhr
Maxau	3.04	3.00	3.82	3.78	3.74	3.69	Nachm. 2 Uhr
Mannheim	3.01	2.98	2.90	2.83	2.78	2.76	Morgens 7 Uhr
Mainz							F.-B. 12 Uhr
Kaub							Vorm. 2 Uhr
Köln							Nachm. 2 Uhr
vom Neckar:							
Mannheim	3.00	3.00	2.95		2.84	2.76	Vorm. 7 Uhr
Heilbronn	0.69	0.60	0.65		0.60		Vorm. 7 Uhr

— *)

Wetteraussichten für mehrere Tage im voraus.

Unbefugter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt

4. Februar: Veränderlich, kalt.
5. Februar: Bedeckt, Niederschläge, um Null herum. Windig.
6. Februar: Veränderlich, ziemlich milde. Stürmisch.
7. Februar: Wenig verändert.
8. Februar: Bedeckt, strichweis Niederschlag. Milde. Stark windig.

Amtliche Bekanntmachungen

Rückgabe von Entlassungsanzügen.

Das Kriegsministerium hat sich damit einverstanden erklärt, daß brauchbare Entlassungsanzüge, die den Mannschaften bei ihrer Entlassung verabfolgt worden sind, durch die Militärverwaltung zurückgekauft werden können.

Die Bekleidungsstücke werden von jedem Bezirkskommando oder Truppenteil gegen Erstattung des Abschätzungswertes in Grenzen der Selbstkostenpreise entgegengenommen. Ha32

Landesausschuß badischer Soldatenräte: J. A.: Siegwarth. Von seiten d. Generalkommandos. Der Chef des Stabes. Gudowius, Major.

Amtliche Verfügungen der Stadtgemeinde

Dienstag, den 4. Februar gelten folgende Marken:

I. Für die Verbraucher:

Brot: Für je 750 Gramm Brot die Brotmarken 1—3.
Mehl: Für 200 Gramm Mehl die Mehlmarke 3.
Butter: Für ⅛ Pfund Butter die Buttermarke 73 in den Verkaufsstellen 1—330.
Fett: Für ⅛ Pfund Margarine (das Pfund zu M 2.04) die Fettmarke 7 in den Fettverkaufsstellen 716—792 und 853—1008.
Fleisch: Die Wochenmenge beträgt 300 Gramm.
Trockenmilch: Für 200 Gramm zu M 1.— die Marke 2 der Milchkonservenkarte in den Verkaufsstellen 793—1061.
Zucker: Für 400 Gramm die Zuckermarke X in den Verkaufsstellen 1—1089. Der Preis beträgt für Kristallzucker 50 Pfg. und alle anderen Sorten 52 Pfg. für das Pfund.
Teigwaren: II. Sorte. Für 125 Gramm die Kolonialwarenmarke 115 in den Verkaufsstellen 1—1089. Der Preis beträgt für das Pfund 80 Pfg. Infolge Transportschwierigkeiten bringt der Konsumverein die Teigwaren erst am Montag zum Verkauf.
Kartoffeln: In den Verkaufsstellen 1—386 für 5 Pfund die Kartoffelmarke 174.
Mager- oder Buttermilch: Für ½ Liter die Marke 15.
Haferflocken: (als Ersatz für Kartoffeln.) Zur Bestellung bis Samstag, den 1. Februar ds. Js. abends: Für 200 Gramm die Kartoffelmarke 173 in den Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1—1089. Die Lieferung wird auf die Kartoffelmarke 173 die vom Geschäftsinhaber auf der Rückseite abgestempelt und dem Besitzer zurückgegeben ist, erfolgen.

Die eingenommenen Marken können am Montag, den 3. Februar und Dienstag, den 4. Februar ds. Js. in den üblichen Geschäftsstunden auf Zimmer 26, II. Stock, abgeliefert werden. Später abgelieferte Marken können bei der Verteilung nicht mehr berücksichtigt werden.

Grieß: (Pfund 46 Pfg.) für 125 Gramm die Kolonialwarenmarke 110 in den Verkaufsstellen 1—1089.

II. Für die Verkaufsstellen.

Zur Abgabe sind bereit:

Fett: Für die Fettverkaufsstellen 481—715 im Verkaufslager Q 2, 5 am Dienstag, den 4. Februar von vormittags 9 Uhr ununterbrochen bis 4 Uhr nachmittags. Nach dieser Zeit ist die Ausgabestelle geschlossen. Der Verbraucherpreis beträgt M 2.04 für das Pfund. Das Geld ist abgezählt mitzubringen. Ohne Ausweis wird keine Margarine abgegeben. Körbe mitbringen. Die Margarine muß unbedingt am obengenannten Tage abgeholt werden. M65

Kartoffeln: Für die Kartoffelmarke 174 5 Pfund. Die Empfangsbescheinigungen sind von den Verkaufsstellen 387—615 am Mittwoch vormittag, den 5. Februar bei der Kartoffelstelle, Zimmer 54 abzuholen.

Städtisches Lebensmittelamt C 2, 14/15

Die Schalter der Stadtkasse sind bis auf Weiteres geöffnet: L183

Samstags von 8—12 Uhr vormittags
an den übrigen Werktagen von 8—12 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags.

Stadtkasse.

In der Fleischwoche vom 3.—9. Februar 1919 können auf eine Vollkarte 300 Gramm Fleisch entnommen werden, davon ⅓ in Wurst. G116

Mannheim, den 1. Februar 1919.
Die Direktion des städtischen Schlacht- und Viehhofes.

Städtische Bekleidungsstelle.

Es ist uns zur Kenntnis gekommen, daß die Abgabe von Kommunalware teilweise vom Bezug anderer Waren abhängig gemacht wurde. Wir verweisen die Geschäfte darauf, daß ein derartiges Vorgehen unstatthaft ist und von weiteren Belieferungen ausschließt. Die Verbraucher bitten wir, evenil. Beschwerden uns unverzüglich mitzuteilen. G8

Bekanntmachung.

Nach Anordnung des französischen Oberkommandos sind die Gemeinden der neutralen Zone (Erlasse des Ministeriums des Innern vom 24. Januar 1919 verpflichtet, Listen über die in ihrem Bezirk wohnhaften entlassenen Militärpersonen aufzunehmen. Zu diesem Zwecke fordern wir alle Personen (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften) die während des Krieges oder Waffenstillstandes in Heeresdienst gestanden haben und jetzt in Mannheim einschließlich des Vorortes Waldhof wohnhaft sind, auf, sich in der Wandelhalle des Rosengartens zu melden und zwar: G13

Montag,	3. Febr.	die Geburtsjahrg.	1900 u. 1899,
Dienstag,	4. Febr.	„	1898 u. 1897,
Mittwoch,	5. Febr.	„	1896 u. 1895,
Donnerstag,	6. Febr.	„	1894 u. 1893,
Freitag,	7. Febr.	„	1892 u. 1891,
Samstag,	8. Febr.	„	1890 u. 1889,
Montag,	10. Febr.	„	1888 u. 1887,
Dienstag,	11. Febr.	„	1886 u. 1885,
Mittwoch,	12. Febr.	„	1884 u. 1883,
Donnerstag,	13. Febr.	„	1882 u. 1881,
Freitag,	14. Febr.	„	1880 u. 1879,
Samstag,	15. Febr.	„	1878 u. 1877,
Montag,	17. Febr.	„	1876 u. 1875,
Dienstag,	18. Febr.	„	1874 u. 1873,
Mittwoch,	19. Februar	die Geburtsjahrgänge	1872, 1871, 1870 u. 1869.

Anmeldezeit jeweils von 9 bis ½12 und von 2 bis ½5 Uhr.

Die in den Vororten Sandhofen, Käfertal, Feudenheim, Neckarau und Rheinau wohnhaften Meldepflichtigen haben sich an den gleichen Tagen und Stunden auf den Gemeindesekretariaten zu melden.

Militärpapiere und Entlassungsausweis sind mitzubringen.

Wer sich nicht meldet, hat alle aus der Unterlassung sich etwa ergebenden Folgen zu tragen.

Mannheim, den 27. Januar 1919.
Bürgermeisteramt.

Schuhflickstube P 6, 20 von 9—12 und 2—6 Uhr. Jedermann kann seine Schuhe selbst ausbessern. Kurse zur Herstellung von Hausschuhen, Holzschuhen und Strohschuhen beginnen jeden Montag. Dauer 5 Tage. Vorherige Anmeldung unbedingt nötig. N80a

Die Prüfungsstelle für Webwaren gibt bekannt, daß die für die sogenannte Kommunalware ausgegebenen Bezugsscheine schon bei weitem die zur Verfügung und noch in Aussicht stehende Warenmenge überschritten haben, sodaß eine Belieferung sämtlicher ausgegebener Bezugsscheine ausgeschlossen sein wird. G8

Aus diesem Grunde ist auch der weitere Ansturm auf die Bezugsscheinstellen als zwecklos zu bezeichnen und wird das Publikum im eigenen Interesse dringend ersucht, vorerst mit Anträgen für Kommunalware zurückzuhalten.

Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle.

Die Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle will der Säuglingssterblichkeit entgegenarbeiten und sie bezweckt daher vornehmlich die Förderung des Selbststillens. Ihre Aufgabe ist es, allen Müttern, die sich in Angelegenheiten der Säuglingspflege dort einfinden, Belehrung und Rat unentgeltlich zu erteilen, außerdem werden solchen Müttern, die ihre Kinder selbst stillen, alle 14 Tage Geldbeihilfen von 6 Mk. zugewendet. Die Geldbeihilfe wird bei regelmäßiger 14tägiger Vorstellung des Säuglings in der Regel bis zur Beendigung des dritten Lebensmonats des Säuglings gewährt. Mütter, die ihre Kinder 4 Monate regelmäßig vorstellen, erhalten eine weitere Geldbeihilfe von 5 Mk. Erfolgt die Vorstellung des Kindes nochmals, wenn es 6 Monate oder 1 Jahr alt ist, so wird eine weitere Geldbeihilfe von 3 Mk. bezw. 5 Mk. gewährt.

Die Sprechstunde der Mütterberatungsstelle steht Frauen der Altstadt, sowie der Vororte offen und findet jeweils

Dienstag und Freitag, nachmittags ½3 Uhr in K 2, 32/33, Erdgeschoß, unter ärztlicher Mitwirkung statt.

Die Stillprämien gelten nicht als Armenunterstützung und ihre Annahme hat nicht die Beeinträchtigung politischer Rechte zur Folge.

Auch nicht stillende Mütter werden kostenlos beraten, ebenso steht die Beratungsstunde den Müttern größerer Kinder im vorschulpflichtigen Alter bis zum 6. Lebensjahre offen; es wird ihnen Rat über Pflege und Ernährungsweise der kleinen Kinder dort erteilt.

Mannheim, den 18. Januar 1919.
Städt. Jugendamt. S49

Petroleum

gegen Abtrennung der Marken 18 bis einschl. 23 der roten Petroleumkarte je ½ Liter = 3 Liter;

Gegen Abtrennung der Marke 6 der blauen Karte ¼ Liter in den laut Bekanntmachung vom 7. 11. 18 bezeichneten Verkaufsstellen.

Kerzen

gegen Abtrennung der Marke 17 der roten Karte eine Kerze;

Gegen Abtrennung der Marke 5 der blauen Karte in den bekanntgegebenen Verkaufsstellen.

Carbid

bezugsscheinfrei in den lt. Bekanntmachung vom 26. Oktober 1918 bezeichneten Verkaufsstellen zum Preise von M 1.60 für das Kilo ohne Verpackung.

Mannheim, den 8. Januar 1919. H146
Städt. Petroleumverteilungsstelle.

Pferde-Versteigerung.

Am Donnerstag, den 6. Februar 1919, vormittags 10 Uhr kommen etwa

100 Pferde mittelschweren u. schweren Schlages

zur Versteigerung.

Versteigerungsplatz in Mannheim auf der Reitbahn, neben dem städtischen Schlachthof.

Bei der Versteigerung müssen die Bieter im Besitze eines Ausweises ihrer Bürgermeisterämter sein, in dem die notwendige Anzahl bescheinigt ist. Besitzer von roten Pferdekarten — erhältlich bei den Bezirksämtern — werden bei gleichen Preisen bevorzugt.

Händler sind ausgeschlossen. Die Identität der Pferdekarteninhaber wird durch das Bezirksamt nachgeprüft.

Halfter und Stricke sind mitzubringen. Die Steigerer unterwerfen sich den Bedingungen der Versteigerungsordnung.

Geschirre und Sättel werden im Pferdedepot Schlachthof verkauft.

Für die Stadtgemeinde Mannheim:
Verwertungszentrale für Material und Pferde.
Bassermann

Oeffentliche Versteigerung.

Dienstag, den 4. Februar 1919, nachm. 2 Uhr, werde ich gem. § 379 H.-G.-B. am Lagerorte, C 4. 9a hier

ca. 10—11000 Flaschen u. Krüge Mineralwasser

der St. Julia-Mineralquelle in Obereisenbach (Rheinpfalz) gegen bare Zahlung öffentlich versteigern.

Mannheim, den 1. Februar 1919.
Armbruster, Gerichtsvollzieher.

Große Versteigerung.

Aus dem Nachlaß des verst. Tiefbauunternehmers Michael Bozheimer versteigere ich im Auftrag der Witwe am

Mittwoch, den 5. Februar ds. Js., vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr

Feudenheim — Hauptstraße 83 — Feudenheim

öffentlich gegen Barzahlung:

1 Partie Diele, Hölzer, ca. 20 Kbm. Bauholz, Feldbahnschienen mit Kippwagen, Brecheisen, Betonschaufeln, Spaten, Pickel, 1 Paar Wasserstiefel, eine größere Partie alte Türen und Fenster, Schubkarren, Gerüstböcke, eiserne Ständer, T-Träger, Eisenrohre, 1 eisernes Tor, Altmaterial, Gehplatten, Baumpfähle, Gartenbänke, Torpfosten, 1 Partie Mauersteine, 1 Bauhütte, 1 Hundehütte, 2 große Schlitten, 2 silberplattierte Pferdegeschirre, 1 Pferdegeschirrschrank, mehrere Pferdedecken, eine Partie leere Säcke und Sonstiges.

Jakob Bohrmann, Ortsrichter.

Zeugnis-Abschriften, Vervielfältigungen N 4, 17, Schüritz, Tel. 7126.

Unmoderne Pelze werden in Kragen u. Muffs umgearbeitet. T48a F 4, 3, parterre.

Geometer.

Bei der Vermessungsabteilung des städtischen Tiefbauamts ist die Stelle eines Geometers zu besetzen.

Bewerber müssen die badische II. Staatsprüfung für Geometrie bestanden haben, mit Katastervermessungen bezw. Neumessungs- und Fortführungsarbeiten vollständig vertraut sein, sowie Erfahrungen in einschlägigen Arbeiten besitzen.

Nach einem zufriedenstellenden Probejahr wird Einreihung gemäß der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten der Stadt Karlsruhe in B 2 des Gehaltstarifs (z. Zt. Anfangsgehalt 3500 Mk., Höchstgehalt 5600 Mk., dazu die geordneten Kriegsteuerungsbezüge) in Aussicht gestellt. Dienstzeit bei Reich, Stadt oder Gemeinde kann gemäß Dienst- und Gehaltsordnung in Anrechnung kommen.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Angabe über Gehaltsansprüche sind bis spätestens zum 10. Februar ds. Js. bei uns einzureichen.

Karlsruhe, 31. Jan. 1919.
Städtisches Tiefbauamt.

Statt Karten.

Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass unser lieber guter Vater, Grossvater, Schwiegervater und Onkel

Michael Baumgart

Privatmann

gestern nacht 2 Uhr nach kurzem, schweren Leiden im Alter von 71 Jahren sanft entschlafen ist.

MANNHEIM, Heidelberg, Frankfurt a. M., Brüssel,
Moselstr. 11 den 3. Februar 1919.

In tiefer Trauer:
Familie Friedrich Baumgart
" Christian Baumgart
" Margarethe Baumgart
" Theophil Szpingier
" Wilhelm Klussmann
" Jakob Schwindt
August Baumgart, z. Zt. interniert.

Die Feuerbestattung findet Dienstag, den 4. Febr., nachmittags 3 Uhr im Krematorium statt.

Danksagung.

Für die vielen wohltuenden Beweise herzlicher Anteilnahme und schönen Kranzspenden bei dem schweren Verluste unseres lieben Entschlafenen, sowie der außerordentlich zahlreichen Beteiligung am Leichenbegängnis sagen wir Allen unseren herzinnigsten Dank. 4169

MANNHEIM-RHEINAU, den 1. Februar 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Bahnhofinspektor Bertha Zimmermann Wwe.

Danksagung.

Für die vielen überaus wohltuenden Beweise inniger Teilnahme und schönen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Gatten, sowie die zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnis spreche ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten auf diesem Wege meinen tiefgefühlten Dank aus. Ta43

MANNHEIM, den 3. Februar 1919.

Elise Stemmle Wwe.
geb. Kanngießer.

Für die vielen herzlichen und wohltuenden Beweise aufrichtiger Teilnahme, die reichen Blumenspenden und das zahlreiche Geleit am Grabe unseres teuren Entschlafenen

Anton Bindgen

sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank. Besonderen Dank auch Herrn Dr. Gernsheimer und den Schwestern des israelitischen Krankenhauses für die liebevolle Pflege und der Schuhmacher-Innung für ihr freundliches Gedenken am Grabe. Ca42

Das Seelenamt findet Samstag, den 8. Februar, früh ¾7 Uhr in der Herz Jesu-Kirche statt.

MANNHEIM, den 2. Februar 1919.

Rosa Bindgen geb. Belschner
Line Bindgen.

Meiner werten Kundschaft und allen Bekannten teile ich erg. mit, daß ich die

Schuhmacherei

meines lieben, verstorbenen Mannes in unveränderter Weise weiterführe. Cb42

Ich bitte das meinem Manne bisher erwiesene Wohlwollen auf mich zu übertragen.

Hochachtungsvoll
Rosa Bindgen Wwe.
Stamitzstr. 16.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel, Herr 4174

Konrad Karg

am Sonntag vormittag 2 Uhr im Alter von nahezu 72 Jahren nach kurzem Kranksein sanft verschieden ist.

Ladenburg a. N., Mannheim, Lenaustr. 27, den 2. Febr. 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Eleonora Karg, geb. Hirschauer

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Februar, nachmittags 3½ Uhr in Ladenburg vom Trauerhause aus statt.

Einige neue und gebrauchte

Rechenmaschinen

zu verkaufen. Mb43

Ph. Gräff, Hansa-Haus.
Fernsprecher 6148.
Alleinvertretung der „Mercedes"- und „Thales"-Rechenmaschinen.
Spezialreparaturwerkstätte für Rechen- und Addiermaschinen sämtlicher Systeme!

Offene Stellen

Von bedeutender Rauchtabakfabrik wird ein durchaus

tüchtiger Fachmann 4169

der besonders in der Fermentation des Rohtabaks bewandert ist, per sofort gesucht. Gehalt nach Uebereinkunft. Nur nachweisbar tüchtige Fachleute finden Berücksichtigung. Angebote mit Zeugnisabschriften unter U. T. 100 an das „Miltenberger Tageblatt" Miltenberg, (Bayern.)

Monteur

mit Führerschein, gewissenhafter selbstständiger Reparateur zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unt. N. A. 151 an die Geschäftsstelle.

Tüchtiger
Stadtreisender
zum Verkauf eines gangbaren Oster-Artikels an Konditoreien, Konfitürengeschäfte und dergl. gegen hohe Provision gesucht. 4140
Näheres C 8, 16 3 Tr. zwisch. 6—8 Uhr abends.

Tüchtige
Weißnäherinnen
sowie M42
Blusenarbeiterinnen
sucht
Weidner & Weiss, N 2, 8.

Tüchtiges
Mädchen
für Haushalt sofort gesucht.
4176 Naumüller, D 1, 11.

Braves fleiß. Mädchen
oder zuverlässige Monatsfrau für kleine Familie per sofort gesucht. M43
U 3, 17 3 Treppen.

Saub. fleiß. ehrl. 4172
Mädchen
in bess. Haush. z. Dame gesucht, bei guter Behandlung. Zu erfr. Rheinstr. 9, 1 Tr., D 8.

Putz! Jüng. Arbeiterin sofort gesucht. 4145
J. Rieger.
Schwetzingerstraße 166a.

Eine Garniererin
zu
Herren-Filz-Hüte
gesucht.
Zuschriften unter N. V. 71 an die Geschäftsstelle. 4125

Meisterin
für Nähsaal, die etwas im Zuschneiden versteht, sofort gesucht. G40
S. Frey Witwe, S 6, 18.

Putzfrau
zum Reinigen von Büro sofort gesucht. 4118
N 6, 16 1 Treppe.

Tüchtige
Putzfrau
für größeres Büro in der Oststadt, sofort gesucht. Wa43
Vorzustellen
Prinz Wilhelmstraße 23, pt.

Alleinmädchen
in klein. Fam. gef. Hoh. Lohn.
3566 Rosengartenstr. 22 III.

Monatsfrau
für einige Stunden vor- und nachmittags gesucht. 4138
Hugo Schön, O 2, 9, l. Lad.

Monatsfrau 4119
für 2 Büro, Schlafzimmer u. Küche (frauenlos) gesucht. Angebote Montag 4—6 Uhr Schwetzingerstr. 27, 1. St. r.

Stellen-Gesuche.

Junger Kaufmann
(Reserveoffizier, vom Militär entlassen), sucht geeignete Stelle, gestützt auf la. Lehrzeugnis. Ta43
Angeb. unter M. M. 137 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Verheirateter, tüchtig. Kaufm. (Kriegsteilnehmer) wünscht
Nebenbeschäftigung
in Nachtragen von Büchern, als Sekretär eines Vereines oder Hausverwalter.
Angebote unter M. O. 139 an die Geschäftsstelle. Ha41

Frl., 17 J. a., aus guter Fam. ist durch Familienverh. gezwungen, ihren Beruf zu ändern. Suche daher Stelle in nur bess. Hause zu 1—2 Kind. nach hier od. auswärts. Angeb. unt. O. B. 77 a. d. Geschäftsst. 4143

Kauf-Gesuche.

Nähmaschinen wenn auch kaput, Nähmaschinengestelle, Schuhmachermaschinen. Qa9a
Pfaffenhuber, H 3, 2. Tel. 3980

Gut erhaltener eleganter
Kinderwagen
zu kaufen gesucht.
4139 Cahn, H 7, 32.

Zahle hohe Preise
für
Schmucksachen, Uhren, Pfandscheine, Altertümer usw. G13a
Bartmann, J 2, 22.

Wohnhaus
in feiner, besserer Lage, gut rentierend, zu kaufen gesucht.
Angeb. unt. M. S. 143 an die Geschäftsstelle. Sb42

Geschäftshaus
in guter Lage sofort zu kaufen gesucht. Sa42
Zuschriften unter M. R. 142 an die Geschäftsstelle.

Gutgetrocknete
Apfelschalen
kauft noch zum Preise von
Mk. 1.— pro Kilo
Max Stamm, Dresden.
Baldige Lieferungen erbet. an meine Sammelstelle für Mannheim u. Umgebung:
Karl Ehrmann, Mannheim
Werderstraße 8. G12

Kolonialwaren-Einrichtung
Glasschränke und Glasladentische zu kaufen gesucht. Angebote an H. Zentner, Karlsruhe, Markgrafenstr. 25. 4152

Reißzeug
guterhalten, für Techniker zu kaufen gesucht. Zu erfr. bei K. Laubach, H 4, 22. 4148

Ein noch gut erhaltenes, gebrauchtes 4186
Klavier
zu kaufen gesucht.
N. Weber, J 1, 6, 2 Tr.

Kaufe
Rentables Haus
in guter Stadtlage bei hoher Anzahlung. Rb42
Angebote unter M. Q. 141 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mantel
Leder oder Pelz, für Kraftfahrer, sowie andere
Auto-Ausrüstungsgegenstände
sof. zu kaufen gesucht. Lb42
Angeb. unter M. U. 145 an die Geschäftsstelle.

Ein neuer Militär-Mantel oder Decke
zu kaufen gesucht. 4166
Angebote an Münter, Neckarau, Friedhofstr. 30.

Verkäufe.

Preiswerte Möbel

Schönes
Nußbaum-Schlafzimmer
bestehend aus: 1 Spiegelschrank, 1 Waschkommode mit Marmor u. Toilette, 2 Bettstellen, 2 Drahtröste, 2 Nachttische mit Marmor, 1 Handtuchständer H40
komplett **1740 M.**

Nette
Küchen-Einrichtung
bestehend aus: 1 Schrank, 1 großer Tisch, 2 starke Stühle, 1 Hocker
komplett **390 M.**

Schränke, Vertikos, Diwan, Chaiselongues, Trûmos, Flurständer, sowie einzelne Tische
besonders preiswert.
Weiß, S 5, 4b

Gutgehendes
Schreibwaren-, Kurzwaren- und Papierwarengeschäft
mit vollständiger Einrichtung in gut. Geschäftsl. ist Umst. halb. sof. nur geg. Kassa sehr billig zu verk. Preis 3500.— Anzuseh. Dienstag 2—3 Uhr Mittwoch 5—6 Uhr. Näh. in der Geschäftsstelle. 4100

Ich empfehle:
Extra starke, schöne
Hornkämme
fast unverwüstlich in Staub-Frisier, enge u. weite Sorten
sehr billig
Ferner: La41
Celluloid-, Staub- u. Frisier-Kämme
in besonders gut gearbeiteter Ware von Mk. 3.— an
Hauben-Netze Stirn-Netze
beide Sorten extra gross in bester Verarbeitung
Stück 1.75 Mk.
Emma Kraft
Laden J 1, 6
Breitestrasse.
(Haarspangen werden zur Reparatur angenommen.)

In Heidelberg, Nähe der östlichen Hauptstraße, ist ein gut rentables
Wohn- u. Geschäftshaus
mit Hinterbau, Laden und 2—4 Zimmerwohnungen zu verkaufen. Wa42
Angeb. unt. M. N. 138 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Schöner grün. Plüschdiwan
mit 2 Sesseln, Zimmertisch und paß. Plüschdecke für Mk. 700.— zu verk. Goldberg Mittelstr. 77 part. Bad. Anzuseh. von 1 Uhr ab. 3940

2 elegante
Chaiselongues
m. Stoff u. Plüsch, la. Polsterung, preisw. zu verk. 4084
F. Herrmann, D 5, 11, part.

Wollmatratze lange schmale mit Keil zu verkaufen. Gerspach, L 14, 2 3. St. 3660

Für Brautpaare!
Eich. Schlafzimmer mit Kapok-Matratzen, solide Arbeit, wie neu, sehr preiswert zu verkaufen. Näheres von 2—6 Uhr. 4088
Fr. Herrmann, D 5, 11, part.

2 sehr gute
Kummet
mit Unterleib 55 cm hoch zu verkaufen. 4128
J. K. Wiederhold, Luisenring 37.

Prachtvolles
Sofa mit Umbau,
Waschkommode, Nachttischchen, Nachtsessel, Schreibtisch, elektr. Lampen, Petroleumlampen, Kohleneisen, Kinderbadewanne, Babykorb, Babywäsche, fl. Kissen, Gummileder, rote Bettdecken, Kravatten, Hüte zu verkaufen. Schiller, Hch. Lanzstr. 7, IV. Anzusehen von 3—7. 4101

Eleg. Trauerhut m. Schleier, m. Straußfedern, seid. Kleider u. Blusen, seidene Unterröcke Sonnenschirme u. Nußbaum-Damensalon, preisw. zu verk. Anzus. nur vorm. bis 1 Uhr. Schnauf, N 7, 2b, I.

Einfache Kücheneinrichtung
zu verkaufen. Frau Simon, Uhlandstr. 18, III. lks. 4156

Schlittschuhe Schuhgröße 42 zu verkaufen.
4167 Rupprechtstr. 8 pt.

Guterhaltener
Phonola-Vorsetzer
zu verkaufen. H41
Pianolager Heckel, O 3, 10.

Gute Mandoline zu verkaufen. 4165
S 2, 1 4. Stock, Wilcker.

Ein weiß. Mädchen-Strohhut u. 1 Lackhut, versch. Vorhänge (Handarbeit), 1 Kinder-Klappstuhl und 1 Kinderlaufstuhl, 2 Regulator-Uhren, einige Bilder zu verk. 4164
Kraus, Stamitzstr. 9 III.

Küchen-Einrichtung
gut erhalten, sofort zu verk. Anzusehen Würthele, N 3, 11 3. St. 842

1 weissemaill. Herd
wenig gebr., 1 schwarz. Kochherd, 1 kleiner Füllofen neu, zu verk. Anzus. bei Platton, Lange Rötterstr. 78, Hof, 2 bis 4 Uhr nachm. 4170

Vermietungen

Zu vermieten in
Neuostheim
eine mit allem Komfort ausgestattete 4107
Villa.
Näheres durch die Geschäftsstelle.

Wohnhaus
mit schönen geräumigen 2 u. 3 Zimmerwohnungen, Badezimmern, Mans. u. Wirtschaft zu verm. Angeb. u. N. Y. 74 an die Geschäftsstelle. 4135

Stallung
für 8—10 Pferde
mit Heuboden und Futterkammer zu vermieten.
Näheres bei 4159
Wirt Kräussel
Eichelsheimerstr. 4.

Schöner Souterrainraum 70 qm, als Magazin oder Lager eventl. auch als Werkst. geeign. sof. zu verm. H42 Elektr. Licht u. Kraftanschl. vorh. Kleine Merzelstr. 6, part.

Miet-Gesuche.

Besserer Herr sucht für sofort oder später
gut möbliertes Zimmer,
Nähe des Hauptbahnhofs erwünscht. Ha41
Angebote unter M. P. 140 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kinderloses Ehepaar sucht in ruhigem Hause
3 Zimmer
mit Küche und Zubehör möglichst in Neckarau. 4147
Angebote unter O. D. 79 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Jung. Staatsbeamter sucht
möbl. Zimmer
Neckarstadt od. Nähe derselb. bevorzugt. Angeb. unt. O. A. 76 an die Geschäftsst. 4141

Freundliche
5—6 Zimmer-Wohnung
von ruhiger kleiner Familie (Dauermieter) per 1. April gesucht. G43
Angebote unter M. H. 148 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Laden mit Wohnung
gesucht. Angeb. unt. O. M. 87 an die Geschäftsstelle. 4161

Wirtschaft
in Mannheim, wenn möglich mit Stallung, in Zapf oder Miete von kautionsfähigen Wirtsleuten gesucht. Spät. Kauf nicht ausgeschlossen.
Angebote unt. N. Z. 75 an die Geschäftsstelle. 4134

Garage
für einen Personenwagen sof. zu mieten gesucht.
Zuschriften unter M. T. 144 an die Geschäftsstelle. Mc42

Vermischtes.

Gebildete Dame (20er) sucht mit einer wirklich gebildeten und feinen Dame 4168
zwecks Musizierens usw.
bekannt zu werden.
Gefl. Zuschriften u. O. N. 88 an die Geschäftsst. d. Bl.

Akkumulatoren
werden gut und billig geladen. 4137
Käfertalerstraße 17, 2. St.

Dame
in besseren Kreisen gesellschaftl. verk., ist Gelegenh. gebot., sich
ohne Kapital 4160
an aussichtsvoll. Unternehm. unauffällig u. vorteilhaft zu beteiligen. Zuschriften unter O. E. 80 an die Geschäftsst.

Welche Firma möchte gute
Email - Kochgeschirre
liefern für eine Spenglerei.
Angebote u. M. K. 135 an die Geschäftsstelle. H41

Frau 4157
geht in bessere Häuser bügeln.
Angebote unter O. L. 86 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Reparaturen
elektromechan. Werkstatt
empfiehlt sich in Reparaturen und Umbauten von Personen- u. Lastautos aller Systeme, Motorbooten etc., sowie sämtlicher einschlagenden Berufszweigen. 4136
Billigste Berechnung.
Zuschriften erbeten unter O. H. 83 an die Geschäftsstelle.

Geldverkehr.

Volle Verpflegung u. fröhl. Heim bietet sich (auch vorübergeh.) für Fräul. Preis Mk. 25.— wöchtl. bei Dame.
Zu erfragen 4173
Rheinstr. 9 1 Tr. (D 8).

Kleiner weisser Fox
entlaufen. U43
Abzugeben gegen gute Belohnung Charlottenstr. 17.

Darlehen
gegen Schuldschein, Möbel- und sonst. Sicherheit. Anfr. u. Rückporto unt. N. C. 53 an die Geschäftsstelle. 4073

MARCHIVUM

Das Etagengeschäft

Samson & Co.

D 1, 1 Paradeplatz D 1, 1

Aufgang durch den Hausflur

bietet in allen Abteilungen

schönste Auswahl

Spezial-Angebot

1 Posten ca. 110 cm breite, weiße Voiles in bestickt und gestreift ..... Mtr. 16.50 Mk.

National-Theater

Montag, den 3. Februar 1919.

6. Volks-Vorstellung

Einsame Menschen

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Künstlertheater „Apollo"

Heute und morgen abend 7 Uhr Graf Habenichts

Mittwoch: Die Csardasfürstin. Lb110a

Apollo-Kaffee, G 6, 3.

Täglich abends 7½ Uhr:

Künstlerische Unterhaltung

Die „Weindiele" ist eröffnet. dL110a

Hannelore Ziegler

unter Mitwirkung des

Nationaltheater-Orchesters

Leitung:

Kapellmeister Felix Lederer.

Eigene Tänze

Wiederholung

Mittwoch, 5. Februar 1919, abends 8¼ Uhr im Musensaal des Rosengarten.

Karten 7.—, 6.—, 5.—, 4.—, 3.—, 2.— Mk. im Mannheimer Musikhaus P 7, 14a und wenn noch verfügbar an der Abendkasse. N37

Professor HANS HERMANN, Dresden

HEINRICH TIEMER, Mannheim

Lieder- u. Balladen-Abend

Versammlungssaal Rosengarten Nr.33

Dienstag, 11. Februar, ½8 Uhr

URAUFFUEHRUNGEN

der neuesten Schöpfungen

Professor HERMANN

Karten 5.—, 3.—, 1.50 im Mannheimer Musikhaus und Abendkasse.

Ja39 **An einem sehr schönen**

Nachmittags-Kursus

(von 5—7 Uhr) können noch einige

Damen u. Herren teilnehmen

Persönliche Anmeldung erwünscht.

Privat-Tanz-Institut Hetzel, A 2, 3

Telephon 1386.

KAMMER KiL LICHTSPIELE D 2, 6.

Nur noch heute Doppelprogramm:

Leontine Kühnberg

in d. (4 Akter) Gesellschaftsdrama

Die letzte Liebesnacht der Inge Tolmein

Der tote Gast . . .

Detektiv-Schauspiel in 4 Akten.

In der Hauptrolle Lb40

Carl Auen.

Musik-Verein Mannheim

Eingetragener Verein ☐ Gegründet 1829

Samstag, den 15. Februar 1919, abends 7 Uhr im Nibelungensaal d. Rosengarten

II. Konzert

Franz Schubert

Zum ersten Male:

Stabat Mater für Sopran, Tenor, Baß-Solo, gemischten Chor und Orchester Ja41

Große Messe in Es-Dur für vier Solostimmen, Chor und Orchester

Leitung: **FELIX LEDERER.**

Solisten: **Das Mannheimer Vokal-Quartett** Dorothee Manski, Jane Freund-Nauen, Max Lipmann, Wilhelm Fenten.

Orgel: **Arno Landmann.**

Das Orchester des Mannheimer Nationaltheaters.

Karten zu Mk. 5.—, 4.50, 3.50, 2.50, 2.—, 1.50, 1.— an der Konzertkasse Heckel, O 3, 10 und an der Abendkasse.

Neu eröffnet!

Eilboten-Zentrale

Besorgungen von Botengängen jeglicher Art werden pünktlich ausgeführt

Büro: Q 4, 19. F12a Telephon 6920.

Zur gefl. Beachtung!

Das Neuformen von Sommerhüten für Damen, Mädchen und Kinder

ebenso

waschen und bleichen von Panama und Florentiner

habe um eine rechtzeitige Fertigstellung zu gewährleisten, schon jetzt eröffnet.

Neueste Frühjahrsmusterformen in großer Auswahl.

N 2, 9 Kunststraße **Hugo Zimmern** *N 2, 9 Telephon 1699*

Spezialhaus für Damenhüte. A15a

Aufruf

zum Eintritt als Freiwilliger im Freiw. Landesjäger-Korps.

Stütze der Regierung gegen den Terror!

Schutz der Nationalversammlung! Sicherung der Reichsgrenzen!

Freiwillige verpflichten sich mit dem Tage des Eintritts für einen Monat, 14-tägige Kündigung.

Mobile Löhnung, täglich 5 Mark Zulage, freie Verpflegung und Bekleidung, Versorgungsansprüche und Familienunterstützung wie bisher.

Straffe Manneszucht.

Vorbedingung: felddienstfähig, in der Front gewesen, im Besitze sämtlicher Entlassungspapiere, Soldbuch.

Fahrschein beim nächsten Bezirkskommando holen. B40

Meldung: Aufstellungsstab Nieder-Marsberg (Westfalen).

Wer nimmt neugeb. Kind mit Mutter in Pflege?

Zuschriften unt. O. K. 85 an die Geschäftsstelle. 4163

Herrenhemden-Klinik

C 3, 19 II.

Neuanfertigung, Reparaturen unter Garantie für guten Sitz. H29a

Kaufm. gebild. Fräulein erteilt gründlichen 4066

Klavierunterricht.

Auch Anfänger. Zu erfragen **O 6, 3, 4. Stock rechts.**

Tüchtige Schneiderin

aus 1. Hamburger Atelier nimmt noch Kunden zum Ausnähen an. Zuschr. unt. N. U. 70 an die Geschäftsst. 4161

Nähmaschinen

aller Systeme **repariert** gut und billig

Postkarte genügt. 3151

H. Stell, Mechaniker

K 4, 16 3. St.

Hofmusiker

übernimmt noch einige **Schüler für Violine u. Klavier** auch Anfänger. Angebote unter O. F. 81 an die Geschäftsstelle. 4154

Kind

von 1—3 Jahren wird in liebevolle Pflege genommen. Näheres in der Geschäftsstelle.

9 Monate alter Knabe in **gute Pflege** zu geben. Näheres Z43 **M 4, 6, 3. Stock.**

Unterricht

Eltern!

Knaben und Mädchen, Herren und Damen, Gewerbetreibende, Herrencontissene etc. erhalten eine **gründliche** Ausbildung in sämtl. kaufmänn. Fächern bei

strengem Einzel-Unterricht

in **Tages- u. Abendkursen** (Eintritt täglich).

O 6, 1 Institut Büchler O 6, 1

Gegr. 1887. Inh. Ch. Danner, staatl. gepr. Gegr. 1887.

Alle Absolventen sind gut plaziert. Kla

Wir haben unsere Berufstätigkeit wieder aufgenommen

Schreibstube C 4, 8, Erdgeschoß.

Fernsprecher 6160.

Hermann Roediger

Dr. H. v. Luschka

Rechtsanwälte. V9g

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Tel. 2352 **Dr. Eckardt**

4022 **D 2, 15**

Vom Felde zurückgekehrt habe ich meine **tierärztliche Praxis in Feudenheim** wieder aufgenommen. A42

Dr. med. vet. Zeilinger

prakt. Tierarzt

Wohnung: **Hauptstr. 39** (Gasth. z. Hirsch).

Telephon 3512.

Zirka 50 Waggon

Süssobsttrester

10/20 und 20/30% Zuckergehalt

sodann 40 Waggon

Trockentrester

können vermittelt werden.

Angebote an K41

Seb. Boser, G. m. b. H., Güterhallenstr. 23.

Kaufmännische Angestellte!

Am **Montag, den 3. Februar, abends 7 Uhr** im Friedrichspark

Oeffentlicher Vortrag:

„Die Revolutionierung der Angestelltenbewegung".

Redner: Herr **Gustav Schneider**-Leipzig

Mitglied der deutschen Nationalversammlung.

Hierauf Aussprache.

Alle kaufmännischen Angestellten, die einen unabhängigen, demokratisch-gewerkschaftlichen Einheitsverband, frei von religiösen, partei- oder rassenpolitischen Bestrebungen, verlangen, sind eingeladen.

Angestellte, erscheint in Massen!

Eintrittskarten zu 20 Pfennig und Ratgeber für Angestellten-Ausschüsse auf der Geschäftsstelle M 6, 13.

Verband deutscher Handlungs-Gehilfen

Kreisverein Mannheim. Wb42

Aufzüge

für elektrischen, Transmissions- und Handantrieb, mit oder ohne Führerbegleitung, liefert Na42

Maschinenfabrik Mayer & Bräunig,

Lahr i. B.

Geschäftsempfehlung.

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen

Klingel- u. Signalanlagen

installiert und repariert 4142

Telph. 2798. **Georg Greulich,** Windeckstr. 47

Aufruf!

Das deutsche Volk braucht Kolonien! Das deutsche Volk hat ein Recht auf Kolonien!

Diesen Recht wird man nur achten, **wenn das deutsche Volk tausendstimmig die Kolonien zurückfordert.**

Mannheimer Bürgerinnen füllt die Listen, in denen die Kolonien zurückverlangt werden, mit Euren Unterschriften.

Die Listen liegen auf: O41

beim Verkehrsverein, im Laden des Hausfrauenbundes, O 4, 2, und im Lokal des Kaufmännischen Vereins für weibliche Angestellte, L 4, 4.

Mannheimer Vereinsverband

(Nationaler Frauendienst).

Kundmachung

an die Demobilisierten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie.

Die Demobilisierten der österreichisch-ungarischen Monarchie werden darauf aufmerksam gemacht, daß die gestern abends und heute morgens veröffentlichten Bestimmungen in den Lokalzeitungen des Bürgermeisteramtes Mannheim bezüglich Meldepflicht Heimgesendeter auch auf die demobilisierten Oesterreicher und Ungarn Anwendung finden. 940

Mannheim, den 1. Februar 1919.

Oesterreichisch-ungarisches Konsulat Mannheim.

Vereinigung aller dem kaufm. und techn. Berufe angehörenden Standesgenossen zur Wahrung der Berufsinteressen. E. V. Mannheim, B 2, 12.

Zu der am **Dienstag, den 4. Februar 1919** im großen Saale des **„Rodensteiner", Q 2, 16, abends 7 Uhr,** stattfindenden

Mitgliederversammlung

laden wir unsere Mitglieder, sowie alle städtischen Beamten und Aushilfsbeamten höflichst ein. Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich. W40

Der Vorstand.

Hartholz

Buchen und Eichen

für Hausbrand

Zentralheizung

Industrie

Tannenklötze, Bündelholz

Kohlen-Bender

G. m. b. H. Ca30

Fernruf 224 Neckarvorlandstrasse 31.33

Schreibmaschinen-Reparaturen

Otto Zichendraht V6m

Moderne Büro-Einrichtungen

Mannheim, O 7, 5 Fernsprecher 1965.

Die Schuld des Kaisers

von **Hch. Binder**

ehem. amtl. Kriegsberichterstatter im Großen Hauptquartier

Zu beziehen durch

M. Lohrey, Mannheim, Meerfeldstr. 64

sowie in sämtlichen Buchhandlungen.

MARCHIVUM